Nummer 192 // Mai // Juni 2016



Tipps und Tricks aus der Roten Flora



Nationalismus raus aus den Köpfen!

Wie immer ein paar Worte und Grüße vorneweg.

Eigentlich war unser Plan, die Erscheinung der beliebten Zeitschrift zu verschieben, um das 1. Mai Wochenende abzuwarten und Berge von Auswertungen der Aktionen und Demos in die neue Ausgabe zu nehmen.
Das Ergebnis des Abwartens ist nicht so spektakulär, wie wir erwartet hatten. Wir dokumentieren einige Redebeiträge, die uns zugeflogen sind. Der Redebeitrag zur Fahndung nach drei angeblichen ehemaligen RAF-Angehörigen ist auf der Demo nicht gehalten worden. Uns ist glaubhaft versichert worden, dass das technische Gründe hatte. Umso besser, dass er jetzt nachgelesen werden kann. Die Veranstaltungsankündigung zum 40. Todestag von Ulrike Meinhof hier mit aufzunehmen, machte aus zeitlichen Gründen keinen Sinn mehr: Wenn diese hübsche Zeitschrift erscheint, ist die VA bereits vorbei.

Am beliebtesten Demo-Wochenende des Jahres war auf den Straßen viel los. Die autonome Demo am 30.04. konnte überraschenderweise relativ stressfrei aus dem Schanzenviertel bis zum Hafen laufen. Bei der DGB-Demo waren die Bullen sich nicht zu blöd, Genoss_innen zu prügeln und die Klasse gegen Klasse Demo ist unter Vorwänden brutal von der Staatsmacht gestoppt und angegriffen worden.
Alles in allem fanden wir das Wochenende dennoch gelungen. Linke Positionen waren geballt auf der Straße. Mehr davon, denn jetzt beginnt der Aufgalopp für den G20 im nächsten Jahr.
Ansonsten gibt's wie immer einen bunten Mix von Inhalten, Ankündigungen und Berichten und einen erfreulich langen Teil von Dokumentationen zu Aktionen.

Liebe Grüße an die Genoss_innen von La Rage und dem autonomen Blättchen. Wir teilen Eure Gedanken über die Sinnhaftigkeit von Zeitschriften und uns geht's genauso, dass die Finanzierung immer wieder drückend und der Zufluss an Artikeln von außen mager ist. Auch wir sammeln mehr Texte aus dem Netz, als dass wir sie bewusst zugeschickt bekommen. Nichts desto trotz glauben wir erstens, dass sich das auch wieder verändern kann (und wird) und zweitens an die Notwendigkeit gedruckter redaktionell bearbeiteter Publikationen. Wir haben die Möglichkeit Inhalte zu fokussieren und uns damit vom Datendschungel des Netzes abzusetzen. In unseren Zeitschriften gibt es einen Mix, der im Netz mühsam zusammengesucht werden muss. Vor allen Dingen sind wir, wenn wir viel Arbeit in die Verteilung stecken öffentlich präsent. Im Infoladen, Buchladen, in der Kneipe, in Zentren. Die Zeitschriften können leichter ein Ort öffentlicher Diskussionen und Austausches von Positionen sein, weil sie sich von Kommentarspalten-Pöbeleien und intellektuellen Schnellschüssen abheben. Außerdem sind solche Textsammlungen dann schnell und gebündelt wieder hervorholbar.
Die Praxis der gemeinsamen Textproduktion von Zusammenhängen ist etwas sehr wertvolles, zu dem wir gerne zurück wollen. Und natürlich wäre eine inhaltliche redaktionelle Textproduktion toll und sinnvoll, bedeutet aber auch gleichzeitig einen Arbeitsaufwand, den wir im Moment einfach nicht leisten können. Aber alles ist im Fluss und die besseren Zeiten lauern wie immer um die Ecke…

An alle noch mal die Bitte uns mitzudenken. Auf der Suche nach Nachbereitungstexten von Antifa-Aktionen und Demos haben wir oft einfach nichts gefunden. Auch nach dem 1. Mai Wochenende gab es kaum Berichte oder Auswertungen.

Aber der Sommer beginnt und das heißt: Raus auf die Strasse und Texte, Bonbons und Kohle bis Ende Juni an unser Postfach.

Eure Zecken

Impressum

V.i.S.d.P.: K aus Kretschmer, Rothenbaumchaussee 30, 20 48 Hamburg

Kontakt: Zeck, c/o Rote ora, Schu terb att 7 , 20357 Hamburg

Schickt uns eure Beiträge, Artike auf CDs mit bei iegendem Ausdruck, am besten a s Textdatei. Sie können nicht zurückgegeben werden. Artike im Heft geben nicht unbedingt die Meinung der Redaktion wieder.

Redaktionssch uss: der 20. des Vormonats.
Abos: Zeck gibt es im örderabo für 0 Euro à drei Ausgaben. Ge d in einem Umsch ag an: Zeck c/o Schwarzmarkt, K einer Schäferkamp 46, 20357 Hamburg. Ä tere Ausgaben gibt es, soweit vorhanden, gegen eine grosszügige Spende (Briefmarken oder Ge d).

Eigentumsvorbeha t: Die Zeitschrift b eibt so ange Eigentum des Absenders, bis sie dem/der Gefangenen ausgehändigt worden ist. "Zur-Habe-Nahme" ist keine Aushändigung im Sinne dieses Vorbeha ts. Wird die Zeitschrift dem/der Gefangenen nicht oder nur tei weise ausgehändigt, so sind die nicht ausgehändigten Tei e - und nur diese - an den Absender mit ausführ icher Begründung der Nichtaushändigung zurückzuschicken (mögen die Zensurrichter bei der Durchsicht erb inden!). Eigendruck im Se bstver ag.

Inhalt | **Seite**

KURZES

Call Out Radical Bookfair Hamburg 11.-12. Juni 2016

Die Radical Bookfair Hamburg Crew freut sich anzukündigen, dass eine weitere Bookfair inPlanung ist.Wir laden Euch ein,Teil davon zu sein!Die Idee einer Bookfair ist es, Leute, Gruppen und Organisationen aus Hamburg, Deutschland,Europa und darüber hinaus zusammen zu bringen und ein Wochenende voller Vorträge,Diskussionen, Filme und – natürlich – Bücher zu gestalten.Wir werden Standfläche für Verlage, Kollektive oder Distros bereitstellen, an denen Lesestoffausgelegt und verkauft werden kann. An diesem Wochenende wird es Workshops, Küche für Alle,Filme, einen Kinderbereich und weiteres noch Anzukündigendes geben.Kurzinfo:Die Radical Bookfair Hamburg wird Samstag und Sonntag (11.-12. Juni) wieder in der (neurenovierten!) Roten Flora stattfinden. Am Freitag vor dem Wochenende gibt es eine Warm-Up Bar,Samstag eine Party – genaueres wird zeitnah angekündigt.Die Bookfair wird kinderfreundlich und rauchfrei sein. Infos über Barriere-Freiheit gibt es aufAnfrage. Während der Bookfair wird es Essen geben.Für Updates, schaut auf den Blog: radicalbookfairhamburg.wordpress.comund die Facebook Seite: facebook.com/radicalbookfairhamburgOder schreib eine Mail: radicalbookfairhamburg@riseup.net

Stände:Wir laden Verlage, Distros, kleine Journallaie und Zine-Macher_innen ein, einen Stand auf derBuchmesse zu machen. Die Infrastruktur stellen wir, Ihr braucht nur Eure Materialien mitzubringen.Für diejenigen, die nicht kommen können, ihre Veröffentlichungen aber gern zur Verfügung stellen /verkaufen wollen, werden wir uns bemühen, Möglichkeiten zu finden.Workshops:Wir laden politische Gruppen, Einzelne, Schreiberlinge (aller Geschlechter), Verlage, DIY-ers,Filmemacher_innen, Künstler_innen und alle dazwischen ein, Workshops/ Vorträge /Buchvorstellungen anzubieten. Sicher freuen wir uns über Workshops mit Bezug zu Büchern, wirfreuen uns aber ebenso, wenn Leute berichten wollen, in welchen politischen Kampagnen oderKämpfen sie gerade aktiv sind.*Neu* Themenstrang für Workshops:Wir freuen uns sehr anzukündigen, dass wir nach der gelungenen Bookfair 2014 die kommendenoch größer und toller machen wollen. Nach vielerlei Überlegungen haben wir uns entschieden,einen roten Faden, einen Themenstrang für die Workshops zu machen. Einerseits wollen wir somehr Zusammenhang zwischen den Themen erzielen, andererseits wollen wir die Chance nutzenund die Vernetzung der verschiedenen Leute und Gruppen, die sich europaweit und darüber hinausbeteiligen, voranzubringen; die Möglichkeit bieten, einander zuzuhören und sich auszutauschen.

Der rote Faden dieses Jahr heißt: „Antifaschismus – (Re-)Organisierung und Vernetzung". DieserThemenstrang ist dem Erstarken rechter und faschistischer Tendenzen in Europa geschuldet. Zurletzten Bookfair haben wir mehrere selbstorganisierte Refugees eingeladen, ihre Erfahrungen in denKämpfen gegen das Lager-System in Deutschland ebenso wie gegen die Festung Europadarzustellen. Keines dieser Themen hat an Relevanz verloren. Mit dem Erstarken autoritärerPolitiken, faschistischer Bewegungen und rassistischer Gewalt müssen wir uns organisieren: nichtnur gegen rechte Gruppen, sondern auch gegen staatliche Sicherheitspolitik und verstärkterassistische Repression. Es braucht eine (Re-)Organisierung gegen faschistische Tendenzen – seidies an den Grenzen, auf den Straßen, in den Medien, in Alltagsdiskursen oder gegen Politiken vonOben. Deshalb wollen wir Euch ermutigen, Workshops zu diesem Themenstrang vorzuschlagen –was auch immer Eure Ideen dazu sind.Jenseits des Themenstrangs wollen wir darauf achten, keine themenspezifische Konferenzabzuhalten und ermutigen dazu, auch weitere Workshops, Buchvorstellungen, Vorträge etc. aus demweiten Spektrum antikapitalistischer, linksradikaler Perspektiven einzubringen. Das ist es, was dieBookfair 2014 zu dem großartigen Wochenende gemacht hat, das es war und wir freuen uns darauf,Eure Ideen zu hören.
Wir heißen darüber hinaus Filme-Macher_innen willkommen, über Projekte,an denen sie arbeiten, zu reden und ihre Filme zu zeigen.

Finanzielles:Wir freuen uns, dieses Jahr eine spannende Auswahl an Standanbietern einladen zu können. Wegender Reisekosten, Kapitalismus und der Krise sind wir froh, finanzielle Unterstützung fürdiejenigen, die sie benötigen, anbieten zu können. Neben Veranstaltungen im Vorfeld, bei denen wirSpenden einnehmen wollen, haben wir entschieden, diejenigen Standanbieter, die Geld einnehmenwerden – oder all diejenigen, die andere unterstützen wollen – zu bitten, Geld für die Bookfair zuspenden, damit Reisekosten für Andere bezahlt werden können, wie es auch bei anderen Bookfairsüblich ist. Bitte verwendet das angehängte Dokument oder mailt uns.Schlafplätze:Wir werden Schlafplätze für diejenigen, die welche brauchen, organisieren, rechtzeitige Anfragenwerden erbeten.
Wir freuen uns sehr, von Euch zu hören:

Radical Bookfair Hamburg Team

###############################

14.05.2016 - Demonstration 11 Uhr Golden Pudel Migration is a right! Deportation is a crime!

Hamburg, Januar 2016:
Mitten in der Nacht dringen Polizist*innen auf das Gelände der Unterkunft am Kiwittsmoor, umstellen eines der Häuser und dringen um vier Uhr morgens in die Wohnung einer friedlich schlafenden afghanischen Familie ein, darunter eine hochschwangere Frau. Sie sollen nach Ungarn abgeschoben werden – in ein Land, das die internationalen und EU-Standards hinsichtlich Asyl, Menschenrechten und Haftbedingungen nicht anerkennt. Hamburg, im Februar 2016: Der Golden Pudel Club wird Opfer einer Brandstiftung. Unser Nachbar Kofi, ein Refugee von Lampedusa in Hamburg, der neben dem Club wohnte und wichtiger Zeuge der Tat ist, wird in Abschiebehaft genommen und im März schließlich nach Italien deportiert, wo er keinerlei staatliche Unterstützung erhält. Hamburg, seit Monaten werden immer wieder Roma und Romnija, in ihren Herkunftsländern rassistisch diskriminiert und des Zugangs zu existenziellen Gütern wie Wasserversorgung, Wohnraum oder Bildung beraubt, als „Wirtschaftsflüchtlinge" stigmatisiert und ins Elend abgeschoben.

Mit dem Aufschwung der rechten Hetze und Stimmungsmache von Pegida und AfD sind die regierenden Parteien in Bund und Ländern immer mehr auf eine Politik der Abschottung, der Ausweisung und der Einschränkung grundlegender Rechte eingeschwenkt. Menschen, die geflüchtet sind, werden als „Problem" markiert, für das eine „Lösung" gefunden werden müsse. Nachdem das sogenannte Dublin-System gescheitert ist, werden an Europas Grenzen nun neue Mechanismen der Unterbindung und Regulierung von Migration installiert. Neben der Rückkehr von Zäunen und Stacheldraht vollzieht sich eine neuerliche Militarisierung Europas – zuletzt mit dem EU-Türkei-Deal, welcher erlaubt alle Menschen, die Griechenland erreichen, ohne

Asylverfahren direkt in die Türkei abzuschieben. Mit den Asylrechtsverschärfungen diesen und letzten Jahres wurden die gesetzlichen Grundlagen gelegt, um eine drastische Abschiebepolitik zu etablieren. Die Bundesregierung schreckt dabei nicht davor zurück, immer mehr Länder als „sicher" zu deklarieren – trotz nachweislicher Verfolgung von Minderheiten, trotz rassistischer Ausgrenzung oder Krieg – sowie Abkommen mit Ländern wie Afghanistan zu treffen, die die Abschiebung von Asylbewerbern dieses Landes erleichtern. Die Gesetzesverschärfungen erlauben außerdem Abschiebungen, die ohne Ankündigung quasi aus dem Nichts erfolgen, sowie eine geschlossene Unterbringung im Rahmen der Schnellverfahren, wodurch eine Kontaktaufnahme zu Aktivist*innen und Anwält*innen ausgeschlossen wird.

Auch der rot-grüne Senat in Hamburg zeigt sich in dieser Hinsicht von seiner unmenschlichen Seite. Die Zahl der „Rükkführungen" stieg in der Hansestadt von 1.304 (2014) auf 2.160 (2015), darunter 712 gewaltsam durchgesetzte Abschiebungen. Jede bzw. jeder dritte Abgeschobene ist noch ein Kind bzw. im schulpflichtigen Alter! Weit mehr Personen sind bedroht, mehrere tausend Menschen leben in unserer Stadt in ständiger Angst, mitten in der Nacht von Uniformierten aus dem Schlaf gerissen und „abgeholt" zu werden, weil sie von irgendwelchen Bürokrat*innen als „ausreisepflichtig" deklariert wurden. Abschiebungen – was bedeutet dieses Wort? Abschiebungen zerreißen Familien, Abschiebungen entwurzeln Menschen aus ihrem sozialen Umfeld, Abschiebungen versetzen Betroffene zurück in Lebenssituationen, aufgrund derer sie migriert sind, bzw. in Länder, in denen sie nie zuvor gewesen sind, da sie bereits in Deutschland geboren wurden. Eine Abschiebung ist der praktische und gewaltsame Entzug von Freiheit und Freizügigkeit, des Rechtes auf Stadt als Recht zu Bleiben.

Um die Abschiebemaschinerie noch effektiver zu machen, plant der Senat nun auch noch den Bau eines Knastes am Flughafen. Ein sogenannter „Abschiebegewahrsam" soll bis zu 20 Menschen für mehrere Tage festhalten, um sie dann per Flugzeug in Leid und Elend zu verfrachten. Die unsägliche Tradition, Migrant*innen und Geflüchtete als Kriminelle zu behandeln, wird damit wieder aufleben bzw. weiter verfestigt.

Dabei hat Hamburg – wie viele andere europäische Städte – nicht erst seit der großen Migrationsbewegung letzten Sommer auch eine andere Seite bewiesen: ein Hamburg des Willkommens und der Solidarität, der gelebten Hilfsbereitschaft und der Menschlichkeit im Alltag. Neu-Hamburger*innen haben sich dagegen gewehrt, dass ihnen grundlegende Rechte verweigert wurden: Lampedusa in Hamburg, die seit 2013 für einen gesicherten Aufenthalt, Arbeitserlaubnis und Rechte kämpfen, Hamburger Roma und Romnija, die im September 2015 den Michel besetzten, und viele andere. Insbesondere Schüler*innen waren es, die immer wieder auf die organisierte Unmenschlichkeit von Abschiebungen aufmerksam gemacht und sich für ihre bedrohten Mitschüler*innen eingesetzt haben – ob für Fabiola, Ayodele, Jia Li und Jia Ru, Amad oder Seherezada. An vielen Stellen regt sich bereits der Widerstand gegen Abschiebungen, jetzt ist an der Zeit unsere Kräfte zu vereinen. Übersetzen wir die alltägliche Solidarität in eine lautstarke Bewegung, die sich sowohl den kleingeistigen Anwohner*innen in einigen Bezirken wie der gewaltsamen Abschiebepraxis des Senats entgegenstellt, und sich für ein Hamburg für alle stark macht!

Hamburg 2020: ein Hamburg, das als sicherer Hafen Migrant*innen willkommen heißt und Schutzsuchenden wie Exilant*innen Obdach gewährt. Ein Hamburg, in dem nicht Tausende aus Angst vor der Gewalt der Behörden in die Illegalität abtauchen müssen. Ein Hamburg, in dem soziale und politische Rechte unabhängig von einer zufällig erworbenen Staatsangehörigkeit gelten.
Lasst uns unsere Kräfte vereinen und lasst uns endlich gemeinsam für eine Stadt des Ankommens und Bleibens kämpfen. Lasst uns zusammen aufstehen für eine Stadt, die soziale Rechte für alle schafft. Schluss mit den nächtlichen Überfallkommandos auf unbescholtene Bürger*innen unserer Stadt! Und Schluss mit den Abschiebungen!

Recht auf Stadt heißt Recht zu Bleiben!

##################################

Es gibt in Kürze einen Blog zu dem Tod von Jaja Diabi
https://deadbylaw.blackblogs.org

##################################

Neues aus dem Schanzenhof

Am 31.03.16 konnte die Schlüsselübergabe und Abnahme der Räumlichkeiten des Schanzenhofs an den Investor und den Nachmieter nur unter massiver Polizeipräsenz erfolgen. Auch danach kam es innerhalb weniger Tage zu verschiedenen Aktionen.
So fand wenige Tage nach der feindlichen Übernahme eine Kundgebung vor dem Investorenbüro der Gebr. Schommartz in Harvestehude statt. Das Gebäude wurde von Einheiten der Hamburger Bereitschaftspolizei abgeriegelt. Die Teilnehmer_innen der Kundgebung ließen es sich jedoch nicht nehmen, Redebeiträge zu verlesen, Transparente zu zeigen sowie Flugblätter an die interessierte Nachbarschaft zu verteilen. Die Polizei reagierte wie immer unsouverän, räumte die Straße und erteilte Platzverweise.

Zwei Tage später wurde zu einer Vokü mobilisiert. Bereits Stunden vorher wurden diverse Polizeieinheiten im Schanzenviertel und im Schanzenhof postiert. Die Eingänge wurden abgeriegelt und zu guter Letzt ein Bauzaun im Hof gezogen. Damit sollte gewährleistet werden, dass nur Besucher_innen des Kinos 3001 nach ausgiebiger Gesichtskontrolle durch die Polizei, dieses auch betreten dürfen. Der Zugang zum restlichen Teil des Schanzenhofs war somit versperrt. Die gut besuchte Vokü, nebst Feuertonne und Transparenten fand daraufhin auf der Straße vor dem Schanzenhof statt.

Einige hilflose Versuche durch die Polizei, das Beisammensein für beendet zu erklären, verliefen im Sande.
Auch der Nachmieter des Schanzensterns, Stephan Behrmann, musste in den vergangenen Tagen feststellen, dass auch er sich weiterhin im Fokus befindet.
So kam es mehrfach zu scherbenreichen und farbenfrohen Aktionen am ehemaligen Schanzenstern.
Fraglich ist, ob eine inzwischen montierte, flächendeckende Holzverkleidung ausreichen wird künftige Aktionen zu verhindern...
Auch weiterhin wird dafür gesorgt werden, dass profitorientierte Investoren und Nachmieter keine Freude an den Immobilien haben werden...

Hände weg vom Schanzenhof!
Es werden weitere Aktionen folgen, achtet auf Ankündigungen!



Breite Solidarität gegen Rassismus und Repression

In Hamburg sind am 30.04., bis zu 2000 Menschen in Solidarität mit den Besetzer_innen der Breiten Straße und gegen die Gesamtscheiße auf der Straße gewesen. Die maßgeblich von autonomen Gruppen organisierte und getragene Demo "Breite Solidarität gegen Rassismus und Repression" zog mit zwei Lautsprecherwagen vom Schanzenviertel quer durch St. Pauli, über die Reeperbahn zum Hafen.

In unmittelbarer Nähe zum "Klassenfest" an der Sternschanze sammelten sich ab 18 Uhr die Demonstrant_innen, gegen 19 Uhr setzte sich die Demo untermalt mit Pyrotechnik in Bewegung. Kurze Zeit später stoppten die Bullen die Masse das erste Mal auf, die Demoleitung konnte diese jedoch davon überzeugen, die Demo weiterziehen zu lassen. Weiterhin ausdrucksstark und dunkelbunt farbenfroh ging es durch St. Pauli, bei Zwischenkundgebungen am Paulinenplatz und auf der Reeperbahn kritisierten Redner_innen die rassistische Stimmung in der Gesellschaft, die Stadtpolitik sowieso und riefen zur Solidarität mit den Genoss_innen im Breite Straße-Prozess und mit den politischen Gefangenen weltweit auf. Im vorderen Block wurden Parolen gegen das Verbot der PKK gerufen und im Verlauf der Demo wurde auch ein Auto der Bundeswehr demilitarisiert.
Die Polizei schien nach anfänglichen Scharmützeln, die schon sehr früh die Frage aufwarfen, wie weit die Demo wohl laufen würde, sich doch auf eine gewisse Deeskalation zurückzuziehen. Die Demo konnte große Teile der Route relativ unbehelligt laufen, wobei die Polizei natürlich rundrum mit tausenden Bullen und mehreren Wasserwerfern präsent war.

Hier nochmal einige Redebeiträge.

Redebeitrag zum Breite Straßen Prozess

Seit Monaten läuft in Hamburg der Prozess gegen erst 6 und jetzt 5 Leute, die beschuldigt werden im Sommer 2014 in der Breiten Strasse ein Haus besetzt und militant gegen eine Räumung verteidigt zu haben. Mit dem Vorwurf 'versuchter Totschlag' waren drei von ihnen mehrere Monate in U-Haft.

Von Anfang an war klar, dass Bullen und Justiz ein klares Verurteilungsinteresse haben, um endlich Menschen wegen militanter Gegenwehr in den Knast bringen zu können. Der hochgehängte Vorwurf, eine mediale Propaganda mit Krawallbildern und einer Liste von verletzten Bullen und nicht zuletzt ein Prozess im Staatsschutzsaal sollten die Öffentlichkeit auf einen Prozess mit hohen Haftstrafen einstimmen.

Nach den ersten Monaten des Prozesses ist klar geworden, dass schon der Einsatz der Bullen bei der Räumung so angelegt war, möglichst spektakuläre Bilder zu liefern. Die Einsatzleitung hat sowohl auf eine Verhandlungslösung, als auch auf schweres Gerät verzichtet. Einzelne Polizeibeamt_iknen sind bei dem Versuch Türen zu öffnen, bewusst verheizt worden, während längst ein anderer Zugang zu den Häusern möglich war. Eskalation war eins der wesentlichen Ziele der Polizeiführung bei der Räumung.

Auch der Staatsschutz dokumentiert während des Prozesses eindrucksvoll sein Interesse. Die Ermittlungsakte wird unvollständig geführt, Beweismittel verschwinden auf unerklärbare Weise, ermittelnde Beamte haben entweder von nichts eine Ahnung oder verweigern die Aussage mit Hinweis auf ihre beschränkte Aussagegenehmigung.
Und die Ermittlungen laufen gegen eine siebte Person weiter. Die brutale Hausdurchsuchung im Januar, als eine WG von einer schwerbewaffneten Sondereinheit der Hamburger Polizei gestürmt wurde, hatte das Ziel Kleidungsstücke zu finden, um die Teilnahme an der Besetzung belegen zu können.

Auch wenn der Totschlag jetzt nicht mehr angeklagt ist, Staatsschutz und Staatsanwaltschaft vordergründig eine Niederlage erlitten haben, sollen weiterhin exemplarisch Haftstrafen verhängt werden, um jede Form von Widerstand verschärft angreifen zu können. Solche Anklagen und Verurteilungen sollen Menschen einschüchtern und Widerstand gegen gesellschaftliche Zustände schwächen. Der Prozess ist ein Angriff auf alle, die ihre Mittel in der Auseinandersetzung mit Staat und Kapital selbst bestimmen und nicht auf die Versprechungen eines politischen Systems hereinfallen, dass Kapitalinteressen schützt und dabei weltweit über Leichen geht.

Hausbesetzungen sind richtig und notwendig. Sie militant zu verteidigen immer eine sinnvolle Option.

In gesellschaftliche Auseinandersetzungen auch militant zu intervenieren bleibt notwendig und richtig.
Angesichts des alten braunen Breis, den die deutsche Gesellschaft zur Zeit auskotzt.
Angesichts sich verschärfender Angriffe auf linke Strukturen und Projekte.
angesichts des europäischen Krieges gegen Flüchtlinge.
Die Liste ist lang.

Gegen staatliche Repression setzen wir Solidarität und Kollektivität !

Der Kampf geht weiter !

Redebeitrag zu Andy Grote

Lieber Andy, sehr geehrter Herr Innensenator !
Wir dachten wir kommen mal bei dir zu Hause vorbei und bringen unsere Grüße persönlich rum.
Andy, Cowboystiefelträger, Kiezbewohner, St. Pauli Fan, lamoryanter Schmierlappen und gut Freund bei allen. Hast ja auch mit Bewohner_innen des Viertels das Ding mit der Neubebauung des Esso-Häuser Geländes so toll gemeinsam mit allen geregelt.
Du kannst uns mal mit deinem Image, Andy !!
Mit deinem neuen Job als Chef der Sturmtruppen und des Geheimdienstes, als Vertreter Hamburgs im Krieg Deutschlands gegen die Flüchtlinge kannst du dir vieles, was du so gerne sein wolltest, in die Haare schmieren. Lederjacke und Cowboystiefel kommen in den Schrank und werden gegen den Zweireiher getauscht, damit du in der Horde der Mächtigen ein gutes Bild abgibst. Freunde auf St. Pauli hast du keine mehr und die Zahl deiner Feinde ist ruckartig in die Höhe geschnellt.
Aber wir garantieren dir, dass du auch bei deinen Untergebenen keine Freunde hast. Für die Polizeiführung bist du ein williger Erfüllungsgehilfe, der ihre rassistischen, repressiven und menschenverachtenden Praxen politisch vertreten soll. Für liberales Gequatsche ist kein platz bei sicherheitsstaatlicher Menschenjagd. Der Weg aller Innensenatoren vor dir, lieber Andy, war von den Bullen am Nasenring durch die Stadt geführt zu werden. und wer sich da querstellt, wird achtkantig vorgeführt und rausgeschmissen. Du bist nicht der Chef der Bullen - du bist ihr Hampelmann. Es sei denn du bist weiter scharf auf Karriere, spielst ihr Spiel mit und wirst Sicherheits-Hardliner.
Angesichts dessen was in Hamburg passiert, bist du jedenfalls auf dem besten Weg dahin. Das polizeiliche Aufgebot heute, Übergriffe und Verletzte sind auf deinem Konto. Angriffe auf linke Projekte, gewaltsame Massenabschiebungen der letzten Wochen und die rassistischen Jagden auf Menschen, verbrämt als Praxis einer total verschissenen Drogenpolitik.

Das alles ist deine persönliche Verantwortung. geh kacken und verschanz dich in einer Villa in Blankenese und tu nicht so, als wär dein Image deine Politik.

Hier wirst du keinen Spaß mehr haben !!

Redebeitrag zu rassistischen Kontrollen im Hafen

Seit etwa 1 1/2 Jahren spitzt die Polizei ihre Kontrollen um die Häuser in der Hafenstraße immer mehr zu und terrorisiert die Menschen mit wechselnder Intensität und verschiedenen Taktiken.

Was unter dem Deckmantel der angeblichen Bekämpfung der offenen Drogensszene läuft, ist ein unerträglicher Zustand des Lebens unter einer permanenten Polizeipräsenz, andauernder rassistischer Kontrollen und täglichen Menschenjagden.

Vor allem sind die Menschen im Fokus der Bullen, die gezwungen sind von dem Verkauf von Kleinstmengen Drogen ihren Lebensunterhalt zu bestreiten und ihre Familien in ihren Herkunftsländern zu unterstützen.

Die Kleindealer werden von Zivis und uniformierten Polizeibeamten dauernd kontrolliert und im günstigsten fall mit Platzverweisen belegt. Oft genug werden sie brutal festgenommen und z. T. auf offener Straße misshandelt. Viele berichten davon, geschlagen worden zu sein. In einem Fall ist ein festgenommener junger Mann unter bisher ungeklärten Umständen in der U-Haft ums Leben gekommen.
Denjenigen, die mit auf die Wache genommen werden, werden fast immer ihre Ausweispapiere abgenommen, die sie dann auf der zuständigen Ausländerbehörde Tage später abholen müssen. Und das zum Teil in anderen Städten.

Die Flüchtlinge der Lampedusa Gruppe, die als Gäste in der Hafenstraße wohnen, werden unter dem gleichen Vorwand angegriffen und schikaniert. Auch ihnen werden regelmäßig ihre Papiere abgenommen, nachdem sie über Nacht im Untersuchungsgefängnis bleiben mussten.

Immer häufiger werden auch die Häuser und Bewohner_innen der Hafenstraße zum Ziel polizeilicher Angriffe. Mehrfach wurden Grundstücke ohne Rechtsgrundlage durchsucht. Ein ganzer Trupp Bullen stürmte tagsüber die VoKü, Gäste wurden aus einer Wohnung geschleift und festgenommen. Regelmäßig eskalieren Situationen zwischen Bewohner_innen und Bullen. Eine ganze Anzahl von Bewohner_innen sieht sich Ermittlungsverfahren deswegen gegenüber.

Diese Praxis der Bullen zeugt von dem politischen Interesse, Flüchtlingen das Leben hier zu erschweren oder unmöglich zu machen. Gleichzeitig werden freihändig alte Rechnungen mit der Hafenstraße beglichen.

Diese Situation wird mit der Ankündigung der Bullen über die Einrichtung der SoKo Drogen noch zugespitzter, die andauernde Bullenpräsenz mit Sicherheit noch unerträglicher.

Diesen Zustand werden wir nicht tatenlos hinnehmen. Wir wissen, dass die Auseinandersetzung nur um den Preis einer Eskalation zu haben ist.

So sei es !!

Einige Bewohner_innen der Hafenstraße

Redebeitrag zur RAF

ende vergangenen jahres verstärkte sich der fahndungsdruck auf drei angebliche ehemalige mitglieder der roten armee fraktion. daniela klette, volker staub und burkhard garwege sind ehemalige bewohner_innen der hafenstraße, die sich vor über 25 jahren entschieden haben abzutauchen und sich dem zugriff der bullen zu entziehen. sie werden beschuldigt in der raf gekämpft zu haben und an verschiedenen aktionen der gruppe, wie der sprengung des knastes in weiterstadt und der erschiessung von treuhandchef rohwedder beteiligt gewesen zu sein. alle drei sind seit über 25 jahren in der illegalität und haben es trotz aller fahndungsmassnahmen geschafft in freiheit zu bleiben. anfang der 1970er jahre ist die raf entstanden und angetreten, sich bewaffnet in einen zusammenhang mit weltweiten klassenauseinandersetzungen zu stellen. die raf hat

konkret imperialistische herrschaft angegriffen. fast 30 jahre lang hat die gruppe existiert und für einen weltweiten revolutionären aufbruch gekämpft. trotz aller kritik, die mensch an der praxis der raf haben kann, trotz aller diskussionen über die legitimität des bewaffneten kampfes in den metropolen der europäischen staaten, ist und bleibt die raf teil linker revolutionärer geschichte und politik. die europäische guerilla von den 70er bis in die 90er jahre ist ein fakt revolutionärer entwicklung und die erfahrungen daraus sind ein bezugspunkt aller linken organisierungen. erfahrungen der bewaffneten praxis, der versuchte angriff auf das herz des staates und alle ergebnisse zum teil kontroverser diskussionen sind heute erfahrungen, die linksradikale politik bestimmen.
wer heute die erklärung des 'kommandos katharina hammerschmidt' zum angriff auf den knast in weiterstadt 1993 liest, wird merken, dass die analyse der raf noch immer aktuell ist und bedeutung hat.
auch wegen dieser bedeutung der raf gibt der repressionapparat nicht auf, die geschichte der gruppe mit fahndung, mit lebenslangem knast oder todesschüssen abzuwickeln.

die solidarität der menschen gründet in der bewegung der revolte !
wir grüßen daniela klette, burkhard garwege und volker staub !
freiheit, glück und immer eine handbreit wasser unter dem kiel !



Bericht vom antikapitalistischen Block auf der 1. Mai Demo des DGB

Auch 2016 gab es einen klassenkämpferischen und antikapitalistischen Block auf der DGB-Demo in Hamburg. Das Rise-Up! Bündnis mobilisierte unter dem Motto „United we fight – Solidarität statt Konkurrenz“ erneut zu einem eigenständigen Block, um verschiedene Basiskämpfe zusammenzubringen und eine Perspektive jenseits von Sozialpartnerschaft und Kapitalismus in der Demo wahrnehmbar zu machen. Als sich der Demozug des DGB mit mehreren tausend Menschen in Bewegung setzte, begrüßte auch der antikapitalistische Block seine 300 - 400 Teilnehmer*innen. In der Eröffnungsrede des Rise-Up! Bündnis wurde der Rechtsruck vor dem Hintergrund der Krise des neoliberalen Kapitalismus thematisiert und deutlich gemacht, dass die heutige Zeit nach linken und antikapitalistischen Antworten verlangt, die auf ein gutes Leben für Alle zielen. Die Rede sparte auch nicht mit Kritik an den sozialpartnerschaftlichen Positionen der DGB-Führung: Wer Standortkonkurrenz, Wettbewerbsfähigkeit und Leistungszwang nicht grundlegend hinterfragt, folge der Logik des Kapitals statt die Interessen der Lohnabhängigen zu verteidigen. Demgegenüber wurde die Bedeutung von Basiskämpfen im Stadtteil und Betrieb hervorgehoben, die Menschen selbst ermächtigen und zu einer Gegenmacht gegen Staat und Kapitalismus beitragen können.
Auch in diesem Jahre setzte sich die unsägliche Tradition fort, dass SPD-Bürgermeister Olaf Scholz – hofiert durch die DGB-Führung – in der Demospitze mitlief. Doch einige Aktivist*innen ließen es sich nicht nehmen, seinen medienwirksamen Auftritt zu kommentieren. Sie gesellten sich spontan in das Blitzlichtgewitter der Pressefotografen mit Schildern auf denen „Sammelabschiebung #SPD“, „Standortnationalismus #SPD“, „Wer hat uns verraten? #SPD“ oder schlicht „FCK SPD“ stand. Auch der Lautsprechwagen des antikapitalistischen Blocks macht seine Ablehnung von Scholz und der SPD-Politik deutlich und hob hervor, wofür diese stehen.
Nachdem das klargestellt war, folgte ein Beitrag von Beschäftigten aus einem Hamburger Krankenhaus zu den dortigen Arbeitsbedingungen und den Folgen der Ökonominierung des Gesundheitswesens. Sie erläuterten den laufenden Arbeitskampf für höhere Löhne und die kommenden Auseinandersetzungen für mehr Personal, die nach den erfolgreichen Streiks an der Berliner Charité auch in anderen Bundesländern bevorstehen. Im Anschluss sprach die AG Migration und Arbeit in ver.di, die auf die rassistische Segmentierung des Arbeitsmarkts und die Kämpfe für ein Recht auf legale Arbeit von Menschen ohne gesicherten Aufenthaltsstatus einging.
Nach der Rede formierte sich im vorderen Teil des Blocks zeitweise ein „unsichtbarer Block“. Leere Reihen, unbeschriebene Transparente an der Seite und hochgehaltene Schilder mit den Aufschriften „Care-Arbeit“, „Illegalisierte Arbeit“ und „Knastarbeit“ sollten auf Arbeitsverhältnisse hinweisen, die unsichtbar gemacht und aus der gesellschaftlichen Wahrnehmung verdrängt werden. Über den Lautsprecherwagen wurde zeitgleich die Notwendigkeit betont, auch die in diesen Bereichen geführten Kämpfe sichtbar zu machen und zu unterstützen.
Im weiteren Verlauf der Demo berichtete ein Vertreter der Gruppe Lampedusa in Hamburg von ihrer aktuellen Situation und den eigenen Problemen als Illegalisierte mit der Lohnarbeit. Er formulierte eine deutliche Kritik am Kapitalismus, in dem zwar die Freizügigkeit von Waren und Kapital sichergestellt sei, aber Menschen die vor Krieg, Armut oder Verfolgung fliehen an den Außengrenzen sterben müssen.
Kurz darauf endete die Veranstaltung beim Museum der Arbeit in Barmbek. Der klassenkämpferische und antikapitalistische Block verabschiedete seine Teilnehmer*innen und unterstrich ein weiteres Mal, dass der 1. Mai nur ein Tag im Jahr ist, es aber auch darauf ankommt sich im Alltag solidarisch zu verhalten, zu organisieren und kollektive Kämpfe zu entwickeln.
Am Rande des DGB-Festes kam es später noch zu Auseinandersetzungen mit der Polizei, die aus bisher ungeklärten Gründen gegen türkische Linke vorging, die sich auf dem Nachhauseweg befanden. Mehrere Personen wurden durch Pfefferspray und Schläge verletzt und mindestens zwei Menschen festgenommen.
Mit 300 – 400 Teilnehmer*innen fiel der klassenkämpferische und antikapitalistische Block etwas kleiner aus als die Jahre zuvor. Dennoch können wir sagen, dass sich der Block über die Jahre etabliert hat. Etliche jüngere Teilnehmer*innen kommen extra deswegen zur Demonstration und einige ältere Gewerkschaftslinke sehen in ihm eine notwendige Gegenposition zur Sozialpartnerschaft des DGB. Trotzdem bleibt zu fragen, wie sich der Ansatz des Blocks weiterentwickeln lässt und die, sicherlich begrenzte, Wahrnehmung seiner Inhalte in der Demo ausgebaut werden kann. Ob die DGB-Demonstration der richtige Ort ist, um für eine kämpferische und antikapitalistische Praxis in Betrieb und Gewerkschaft zu streiten, wird in Zukunft weiterhin zu diskutieren sein. In jedem Fall bleibt es unser Ansatz, dort anzusetzen, wo sich Menschen bewegen, die selbst Kämpfe führen und nicht bereits Teil der radikalen Linken sind.

Die verdeckte Ermittlerin Maria Böhmichen in der Antirakneipe

Es gab ja bereits diverse Veröffentlichungen zu der im August 2015 in Hamburg enttarnten verdeckten Ermittlerin Maria Block/Böhmichen. Als eines der Projekte, in dem sie gerade zu Beginn ihrer Tätigkeit schwerpunktmässig aktiv war, wollen auch wir, das Kollektiv der Antirakneipe, uns noch einmal äußern. Hierbei geht es uns nicht darum, bereits bekannte Fakten noch einmal aufzuwärmen, sondern wir wollen versuchen, durch eine Schilderung ihres Verhaltens im Projekt, einen Beitrag zu einer generellen Einschätzung ihrer Strategie und Arbeitsweise zu leisten.

Die Antirakneipe existierte von Herbst 2008 bis Sommer 2013 und wurde organisiert von einer offenen Gruppe. Einmal im Monat fand in der Hafenvokü ein Kneipenabend in Verbindung mit einer Info-/Diskussionsveranstaltung statt. Die Idee dahinter war, einen offenen und niedrigschwelligen Ort zu schaffen an dem Gruppen und Menschen sich zum Thema Antirassismus vernetzen und sich über ihre Arbeit austauschen können. Also ein super Einstiegspunkt für eine verdeckte Ermittlung...

Chronologie – Maria Block/Böhmichen in der Antirakneipe:

Einstieg in die Antirakneipe

Im September 2008 fand das Gründungstreffen der Antirakneipe statt. Hier ist sie zum ersten mal in Erscheinung getreten, wobei sie – soweit wir uns erinnern - auf einen Flyer verwies, der beim Antira-/Klimacamp in Hamburg im August verteilt wurde. Sie kam alleine, erzählte, sie sei neu in Hamburg und interessiert, sich antirassistisch zu engagieren. Seit dem war sie als festes Mitglied in der Kneipencrew dabei.

- Anekdote: Maria war die Einzige, die auf unsere Flyermobilisierung hin an dem Treffen teilnahm, alle anderen Teilnehmer_innen waren bereits in anderen Antiragruppen organisiert und wussten über interne Kanäle von dem Vorhaben.

Vergrößerung des Aktionsradius'

2009 war sie, als Mitglied der Antirakneipe, an der Organisation der Antira-Bühne beim alternativen Hafengeburtstag beteiligt. Diese wurde als gruppenübergreifendes Projekt vorbereitet, was Maria die Gelegenheit bot, Kontakte zu anderen Gruppen und Aktivist_innen zu schließen.

Umfassende Einblicke in die Szene

2010 beteiligte sie sich an der Planung und Durchführung des Antirakongresses in der Roten Flora. Ebenso wie die Antirabühne war auch dies ein gruppenübergreifendes Projekt. In der Vor- und Nachbereitung hiervon besuchte sie als Vertreterin der Antirakneipe verschiedenste Treffen und Projekte. Konkret hat sie sich, neben der Mitgestaltung des Programms, auch an der Organisation von Infrastruktur und Schlafplätzen für Besucher_innen beteiligt. Hierdurch bekam sie Zugang zu Schlüsseln von verschiedenen linken Räumen und konnte ihren Einblick in die Struktur der autonomen Linken in Hamburg wesentlich vertiefen.

- **Exkurs:** Der Antirakongress 2010 wurde im Hamburger Verfassungsschutzbericht erwähnt. Durch ihre aktive und gestaltende Mitarbeit hat Maria Block/Böhmichen diese, als verfassungsgefährdend eingestufte, Aktion nicht nur beobachtet, sondern wesentlich zu deren Realisierung beigetragen. Hier stellt sich die Frage, ob sie damit nicht deutlich von ihrem Arbeitsauftrag als Beamtin für Lagebeurteilung abgewichen ist, und ihre Kompetenzen wesentlich überschritten hat.

Ausstieg aus Antirakneipe und Umfeld

Bereits Anfang 2011 begann Maria sich aus dem Projekt Antirakneipe zurückzuziehen. Zunächst nahm sie nicht mehr an den Plena teil, mit der Begründung, dass sie parallel Kickbox-Training habe. Sie war jedoch zunächst weiterhin bei den Kneipenabenden anwesend und aktiv.

Im April 2012 schrieb sie dann ihre letzte Email über den Gruppen-Verteiler. Dies war allerdings keine „Abschiedsmail", sondern es ging um organisatorische Fragen. Ab Juni 2012 hat sie sich dann nicht mehr an der Email-Kommunikation beteiligt und ist auch nicht mehr bei den Kneipenabenden aufgetaucht. Es gab keinen „offiziellen" Ausstieg und keinen formulierten Abschied/Erklärung an die Gruppe, sondern nur ein schrittweises Reduzieren ihrer Aktivitäten. (Ähnlich wie im Infoladen Wilhelmsburg).

Allerdings erzählte sie einer Genossin aus dem Antirakneipenkollektiv, die schon in anderen Veröffentlichungen erwähnte Geschichte, dass sie sich auf der Arbeit in einen Arzt verliebt habe und Abstand „zur Szene" brauche. Bereits vorher erwähnte sie in Gesprächen mit einzelnen Genoss_innen Zweifel über die Sinnhaftigkeit ihres Aktivismus'. Ab 27.06.2012 dann war die Mailadresse „block_ade@web.de" nicht mehr erreichbar.

Über die Antirakneipe hinaus beteiligte sie sich in ihrer Rückzugsphase bis November 2011 an der vorbereitenden Theoriearbeit zu einem Kongress gegen antimuslimischen Rassismus, der erneut als gruppenübergreifendes Projekt organisiert wurde. Bei der Durchführung des Kongresses im Oktober 2012 in der Roten Flora war sie nicht mehr dabei.

Strategie:

Erstmal ankommen... Strategien zur Etablierung in der Szene

Bei ihrem ersten Auftreten in der Antirakneipe hat Maria Block/Böhmichen sich, bezogen auf linke Strukturen und Aktivismus, als „neu dabei" vorgestellt und eher „schüchtern und naiv aber interessiert" gegeben. Hierdurch hat sie von vorne herein die Möglichkeit ausgeräumt, durch fehlendes Hintergrundwissen aufzufliegen. Relativ schnell hat sie sich dann aber bemüht, sich gängige Szene-Codes, bezogen auf Äußeres und Sprache, sowie ein entsprechendes Theoriewissen anzueignen. Später hat sie ihre Glaubhaftigkeit dann dadurch untermauert, dass sie häufig auf angebliche enge Freundschaften zu etablierten Genoss_innen verwies, die sie, wie sich im Nachhinein zeigte, tatsächlich gar nicht so lange bzw. gut kannte. Ebenso nutzte sie ihre Zugehörigkeit zur Antirakneipe als „Visitenkarte", um Zugang zu anderen Kreisen/Projekten zu bekommen.

Verhalten in der politischen Arbeit

In der Organisation der Antirakneipe zeigte sich Maria Block/Böhmichen als zuverlässige „Genossin". Sie war immer sehr aktiv, hat gerne Aufgaben übernommen und von sich aus Sachen angekurbelt – beispielsweise Themen für Veranstaltungen vorgeschlagen und Kontakte zu Referent_innen hergestellt. Vorwiegend hat sie sich aber um organisatorische Tätigkeiten gekümmert. Bei der Analyse von Protokollen, Emails etc. im Nachhinein fiel uns auf, dass sie sich besonders gerne um das Besorgen von Schlüsseln zu unterschiedlichsten linken Räumen gekümmert hat. Generell hat sie gerne Aufgaben übernommen, bei der sie Kontakte zu anderen Projekten und Aktivist_innen aufbauen konnte. Hierbei hat sie aktiv zum Bestehen verschiedener Vernetzungen beigetragen und andere Menschen motiviert, sich einzubringen - „Ohne Maria hätte ich bestimmte Leute gar nicht kennen gelernt." Durch ihre dauerhaft zuverlässige

Mitarbeit hat sie in großem Maße zum Funktionieren des Projektes beigetragen, so dass sie eine gern gesehene „Genossin" war. Ohne sie hätte es die Antirakneipe vielleicht gar nicht so lange gegeben.
- Anekdote: Über ihre organisatorische Arbeit hinaus zeigte Maria Block/Böhmichen zudem großes Engagement beim Sammeln und Verbrennen von Deutschlandfahnen parallel zur WM 2010.

Feiern bis der Arzt kommt – auf Staatskosten... Verhalten im Zwischenmenschlichen/Privaten

Durch ein sehr offenes interessiertes Auftreten konnte Maria Block/Böhmichen schnell enge und vertrauliche persönliche Beziehungen herstellen. Diese hat sie auch außerhalb der politischen Arbeit und in privaten Räumen/Wohnungen gepflegt. Auf Parties und in der Antirakneipe hat sie hierbei gerne mitgefeiert und -gesoffen. Im Nachhinein fällt aber auf, dass sie zu den unterschiedlichen Genoss_innen unterschiedlich stark versuchte, Beziehungen aufzubauen. So übernahm sie beispielsweise mit bestimmten Personen immer wieder Aufgaben wie Tresenschichten und führte mit diesen sehr vertrauliche Gespräche, während sie mit anderen eher auf einer freundlichen Arbeitsebene blieb. Das sehr unterschiedliche Maß an Offenheit und Intimität, mit der sie ihre Beziehungen in der Antirakneipe gestaltete, wirkt im Nachhinein betrachtet bewusst gestaltet. Dies wirft die Frage auf, ob sie hier aus ermittlungstaktischen Motivationen gehandelt hat, und ob sie bewusst auf Personen angesetzt war, über die sie bereits vorher Informationen hatte. Anders als in anderen Veröffentlichungen beschrieben, gab sie sich in der Antirakneipe weniger verbal-militant, sondern in der Regel eher ruhig und zurückhaltend. Wir haben im Nachhinein den Eindruck, dass sie sich bemühte, bewusst zu differenzieren, welche Fragen und welche Rollen bei welchen Aktivist_innen angebracht waren.

Und nu?
Schlüsse für die Zukunft/Praxis:

Bis zu ihrem Verschwinden aus der Antirakneipe und der autonomen Szene hatten wir keine ernsthaften Verdachtsmomente, dass unsere scheinbare „Genossin" und „Freundin" Maria Block tatsächlich Maria Böhmichen hieß und eine verdeckte Ermittlerin war. Erst ihr Rückzug aus allen Zusammenhängen führte zu einem vagen Verdacht bei einigen Leuten, dem jedoch über Gespräche mit ihr nahestehenden Personen hinaus nicht weiter nachgegangen wurde.

Der Fall Maria Block/Böhmichen zeigt, dass offene Strukturen ein guter Einstiegspunkt für verdeckte Ermittlungen sind. Trotzdem halten wir offene Strukturen und gruppenübergreifende Projekte nach wie vor für richtig und wichtig. Da sich solche Strukturen sich aber kaum frei von Bespitzelung halten lassen, erfordern sie einen besonders aufmerksamen Umgang mit diesem Thema. Hierbei ist vor allem zu Bedenken, dass nicht nur die offene Struktur als solche im Fokus staatlicher Überwachung liegt, sondern die Zugehörigkeit zu einer solchen auch als Zugangsmöglichkeit zu anderen Gruppen genutzt werden kann.
Dies sollte unserer Meinung nach aber nicht das Prinzip von offenen Strukturen in Frage stellen. Vielmehr sollte dies Anlass geben, unsere Arbeitsweise in unterschiedlichen politischen Zusammenhängen zu reflektieren und die Mechanismen zu hinterfragen, nach denen wir Menschen als vertrauenswürdig einschätzen.
Zu einer weiteren Auseinandersetzung mit dem Thema möchten wir hier auf den Text „Zum Umgang mit Verdeckten Ermittler_innen in unseren Zusammenhängen" des Ermittlungsausschuss Hamburg verweisen.

*„Richtet nicht, auf dass ihr nicht gerichtet werdet"**



Nach 30 langen Verhandlungstagen ging am 2. Mai der Prozess gegen Schubi am Landgericht Rostock zu Ende. Die Kammer verurteilte ihn zu einer Haftstrafe von 4 Jahren und 5 Monaten.

Die Urteilsbegründung

In der etwa einstündigen Verlesung der Urteilsbegründung richtete der Vorsitzende Richter eine längere Eingangsrede an den Angeklagten und das Publikum. Die ca. 100 Besucher_innen reagierten darauf wiederholt mit Zwischenrufen. In seiner Ansprache avancierte der Richter zu einem wahren „Extremismus"-Kenner. Gewalt gegen öffentliche Bedienstete sei nicht hinnehmbar, so der Richter. Er begründete dies damit, dass „Angriffe auf Polizeibeamte oder auch zum Beispiel auf Feuerwehrleute die brennende Asylbewerberheime beschützen, ... nicht zu tolerieren" seien. Und mit Angriffen auf Asylunterkünfte kennt er sich aus: Er war es, der die beiden Neonazis Thomas Hocke und Florian Hillner Anfang des Jahres wegen versuchten Mordes und schwerer Brandstiftung zu einer minimalen Haftstrafe von 5 Jahren verurteilt hatte, nachdem sie im Oktober 2014 versucht hatten, eine bewohnte Unterkunft in Groß Lüsewitz (Landkreis Rostock) mit Molotow-Cocktails in Brand zu setzen. Für den Richter sind rechte und linke „Hetzer" gleich.
Er unterstellte Schubi Hass gegen Polizei und Staat, den dieser bei Fußballspielen ausgelebt habe. Dies begründete er mit dessen antifaschistischer Haltung und Funden aus Schubis Wohnung, wie etwa linken Plakaten. Obwohl es mit der Anklage nichts zu tun hatte, warf das Gericht Schubi erneut vor, Fluchthilfe unterstützt zu haben. Auf eine entsprechende Anweisung der Polizei hätte er in seiner Tätigkeit als Schiffsoffizier entgegnet, dass er sich nicht an Abschiebungen beteilige – ein wahrer Staatsfeind eben, so soll man die Thematisierung dieser Episode in Prozess und Urteilsverkündung wohl interpretieren. Vom Publikum erhielt Schubi dafür langen Applaus, das Gericht hatte jedoch nur Missbilligung für ihn übrig.
Ein Steinwurf auf den Nebenkläger, der dabei leicht verletzt wurde, wurde mit einer Einzelstrafe von 3 Jahren und 6 Monaten bestraft. Die harte Strafe, die sogar noch sechs Monate über der Forderung der Staatsanwaltschaft liegt, wurde unter anderem mit der Geschwindigkeit begründet, die der Stein beim Aufprall gehabt haben soll. Empörte Zwischenrufe wiesen darauf hin, dass vor 6 Jahren am gleichen Landgericht ein Neonazi einen Feuerlöscher von

einer Empore aus mehreren Metern Höhe auf Antifaschist_innen geworfen hatte (die, nebenbei bemerkt, keine Körperschutzausrüstung angelegt hatten). Damals wurde der sogenannte Pölchow-Prozess vor Gericht verhandelt. Der Neonazi, der damals den Feuerlöscher geworfen hatte, war straffrei davon gekommen. Der Vorsitzende Richter in Schubis Verfahren wiegelte den wütenden Einwurf des Prozessbeobachters damit ab, dass er sich um diesen Vorfall später kümmern werde.
Die Polizist_innen, die auf richterliche Anordnung seit dem achten Verhandlungstag im Juli letzten Jahres im Gerichtssaal verweilen um die richterliche Hoheit im Saal durchsetzen zu können, beobachteten das Publikum derweil. Eine Polizistin versuchte mehrfach Personen während der Verhandlung abzufilmen, versteckte die Kamera jedoch, wenn sie dabei beobachtet wurde. Bereits im Juli hatten Prozessbeobachter_innen bemerkt, dass Polizist_innen im Gerichtssaal Filmaufnahmen gemacht hatten, was damals durch die Verteidigung beanstandet wurde.

Auch die Verteidigung griff der Vorsitzende Richter an, indem er dieser vorwarf, die Kammer mit „dumpfen Populismus" bewusst diskreditiert zu haben. Insbesondere die Einschätzung der Verteidigung in ihren Plädoyers, dass an Schubi aus politischer Überzeugung ein Exempel statuiert werden solle, schien dem Vorsitzenden nicht gefallen zu haben.

Das Urteil
Wegen versuchter und vollendeter gefährlicher Körperverletzung in Tateinheit mit Sachbeschädigung und Verstößen gegen das Vermummungsverbot wurde Schubi zu einer Haftstrafe von 4 Jahren und 5 Monaten verurteilt. Weiterhin muss er 300 Euro (!) Schmerzensgeld an den Nebenkläger, einen Polizisten der Beweissicherungs- und Festnahmeeinheit (BFE) zahlen, der von einem Steintreffer eine Rippenprellung davon getragen hatte. Die Kammer hatte „keinen Zweifel", dass Schubi, trotz der schwachen Beweislage, der Täter sei, der beim Spiel des FC Hansa Rostock gegen Dynamo Dresden im November 2014, Steine auf Polizeibeamte geworfen hatte. Für die Tatvorwürfe vom Spiel des FC Hansa Rostock gegen RB Leipzig wurde er hingegen freigesprochen, weil ihm keine Würfe nachgewiesen werden konnten.
Bei beiden Spielen bestanden die Beweismittel vor allem aus Videomaterial der Polizei, das überhaupt nur schleppend in das Verfahren eingeführt wurde. Der Unterschied, warum die Kammer die Beweislage beim Spiel gegen Dynamo Dresden anders bewertet, ist der ehemalige Mithäftling und Zeuge Thomas C.. Im Sommer 2015 hatte er sich an den Verfassungsschutz MV gewandt und „Bericht erstattet". Er behauptete, Schubi habe die Vorwürfe vom Spiel gegen Dresden ihm gegenüber zugegeben. Außerdem versprach C. „Erkenntnisse" über die linke Szene in Rostock. Der von einer Sachverständigen vor Gericht als „pathologischer Lügner" klassifizierte C. avancanierte damit zum Hauptbelastungszeugen, dessen Glaubwürdigkeit für die Kammer durch nichts, aber auch rein gar nichts zu erschüttern war.
Die Gesamtstrafe von 4 Jahren und 5 Monaten liegt nur oberflächlich betrachtet unter den von der Staatsanwaltschaft geforderten 4 Jahren und 9 Monaten. Deren Forderung bezog sich auf alle fünf Anklagepunkte, verurteilt wurde Schubi nun nur wegen drei Anklagepunkten. Damit ist das Gericht bei der Strafzumessung im Grunde über das von der Anklage geforderte Strafmaß deutlich hinaus gegangen. Schubis Verteidigung hatte einen Freispruch sowie Entschädigung für die U-Haft gefordert und kündigte an, Revision gegen das Urteil einzulegen.
*Fußnote: Matthäus 7:1 – Eines der bei Schubi gefundenen und in der Urteilsverkündung thematisierten Plakate zeigt ein Zitat („Der Mensch ist am wenigsten er selbst, wenn er in seiner eigenen Person spricht. Gib ihm eine Maske und er wird dir die Wahrheit sagen"), dessen Urheber Oscar Wilde der Richter allerdings unter den Tisch fallen ließ. Stattdessen sollte der Spruch wohl Schubis angebliche Bereitschaft zur Vermummung und Gewaltausübung gegen Polizist*innen illustrieren – oder so. Da die Zitatrecherche offensichtlich nicht zu den Stärken der Kammer gehört, haben wir in diesem Fall den Urheber gleich mitgeliefert.

PROZESSBEGINN 129b –

Verfahren gegen Bedrettin Kavak wegen angeblicher Mitgliedschaft in der PKK

Kommt alle zum Prozess – Spenden für Verteidigung benötigt
Am 03.05.2016 hat vor dem Oberlandesgericht Hamburg der Prozess gegen Bedrettin Kavak wegen angeblicher Mitgliedschaft in einer „terroristischen Vereinigung im Ausland" gem. § 129b Abs. 1 i.V.m. § 129a Abs. 1 StGB begonnen. Ihm wird vorgeworfen, Mitglied der PKK zu sein.
Grundlage dieses Verfahrens gegen Bedrettin wie auch die gegen verschiedene weitere kurdische AktivistInnen, die sich derzeit in Haft befinden, ist eine Entscheidung des BGH aus dem Jahr 2010, mit dem er entschieden hat, dass die PKK nicht mehr als kriminelle Vereinigung im Inland, sondern nunmehr als terroristische Vereinigung im Ausland nach § 129b Strafgesetzbuch (StGB) anzusehen sei.
Die praktische Folge dieser Entscheidung ist, dass es vor Gericht nun nicht mehr darum geht, ob die Aktivisten oder die PKK in Deutschland in irgendeiner Weise eine Straftat begangen haben, sondern nur noch darum, ob das Handeln der PKK in der Türkei als terroristisch anzusehen ist und die angeklagte Person durch ihr Handeln hier als Mitglied oder Unterstützer der PKK anzusehen ist.
Deshalb wird Bedrettin selbst, wie auch den vor anderen Gerichten angeklagten kurdischen Aktivisten, keine begangene Straftat vorgeworfen, sondern lediglich allgemeine politische Aktivitäten, wie die Organisierung angemeldeter Demonstrationen, das Schlichten von Konflikten in der kurdischen Community oder die Mithilfe an Wahlkampfveranstaltungen für die legale kurdische Partei HDP. Bedrettin Kavak war schon mehr als 20 Jahre in der Türkei inhaftiert. Er wurde unter anderem im berüchtigten Gefängnis von Diyarbakir mehrere Jahre gefoltert.
Bei diesen Verfahren geht es nicht um die Verfolgung von Straftaten, sondern um Innenund vor allem auch Außenpolitik mittels des Strafrechts.
Das zeigt sich besonders an zwei Dingen.
1. Die Verfolgung einer Organisation nach § 129b ist nur möglich ist, wenn das Bundesministerium der Justiz, wie auch bei dem derzeit hochumstrittenen § 103 StGB, die Ermächtigung zur Strafverfolgung erteilt.
2. Von der Logik des § 129b hängt die Frage, ob jemand bestraft wird oder nicht, davon ab, ob der Widerstand der PKK gegen systematische Menschenrechtsverletzungen und Kriegsverbrechen gegen die kurdische Bevölkerung legitim ist. Eine Organisation kann eigentlich nicht als terroristisch ange-

sehen werden, wenn ihre Handlungen als vom Kriegsvölkerrecht gedeckt anzusehen sind. Das wäre bei der PKK der Fall, wenn sie sich auf das in den 70iger Jahren zustande gekommene Zusatzprotokoll I zu den Genfer Konventionen berufen kann, das damals in Folge der Aufstände gegen Kolonialismus in Afrika oder auch den Widerstand des ANC in Südafrika entstanden ist. Nach diesem Protokoll werden Konfliktparteien in nichtinternationalen bewaffneten Konflikten staatlichen Armeen gleichgestellt, d.h. sie können sich auf das sog. Kombatantenprivileg berufen (haben also das Recht bewaffnete Kräfte zu töten), wenn Völker gegen Kolonialherrschaft und fremde Besetzung sowie gegen rassistische Regime in Ausübung ihres Rechts auf Selbstbestimmung kämpfen.
Der Bundesgerichtshofs hat dies im Jahr 2013 pauschal verneint, da es sich bei dem Vorgehen des türkischen Staates nicht um Rassismus bzw. Apartheid wie in Südafrika handele und Kurdistan auch keine Kolonie sei, sondern ein Ergebnis der Vereinbarung der Siegermächte des 1. Weltkrieges.
Durch eine derartige kurzsichtige und ahistorische Interpretation versuchen die Gerichte die Verfahren gegen die kurdischen Aktivisten zu „kurzen" Prozessen zu machen, indem sie davon ausgehen, den jeweiligen Aktivisten müsse nur noch die Mitgliedschaft nachgewiesen werden,wofür dann ganz legale Tätigkeiten als ausreichend angesehen werden.
Auch das Oberlandesgericht Hamburg ist der Ansicht, dass das Verfahren aufgrund der Entscheidung des BGH nun derartig einfach sei, dass dem Angeklagten auch ein Verteidiger genüge. Es hat daher die Beiordnung eines zweiten Verteidigers, und damit auch dessen Bezahlung, abgelehnt, obwohl ein_e zweite_r Verteidiger_in bei Verfahren vor dem OLG in der Vergangenheit immer Standard war.
Eine derartige Beschränkung der Verteidigung, wohl auch mit dem Ziel, die Kriegsverbrechen, die die Türkei seit mehr als einem halbem Jahr im Südosten der Türkei begeht, aus dem Prozess herauszuhalten, dürfen wir nicht hinnehmen.
Deshalb: Lasst den Genossen nicht allein, kommt zum Prozess und spendet für die Finanzierung des 2. Verteidigers auf das unten angegebenen Konto der Roten Hilfe mit dem Stichwort „Verteidigerkosten".

Die bisher angesetzten Prozesstermine sind:

Dienstag, 10. Mai 2016
Dienstag, 07. Juni 2016
Mittwoch, 11. Mai 2016
Dienstag, 14. Juni 2016
Dienstag, 17. Mai 2016
Dienstag 21. Juni 2016
Mittwoch, 18. Mai 2016
Montag, 23. Mai 2016
Dienstag, 24. Mai 2016
Dienstag, 31. Mai 2016
jeweils 09 Uhr, voraussichtlich in Saal 237 oder 288 des Strafjustigebäudes, Sievekingplatz 3.

MV: Behörden und Polizei verhindern antifaschistischen Protest am 1. Mai

Etwa 400 bis 500 Neonazis marschierten am internationalen Kampftag der Arbeiter_innenklasse in Schwerin auf. Ordnungsamt und Polizei verhinderten den antifaschistischen Protest hunderter Menschen in Hör- und Sichtweite zum Aufmarsch.

Ordnungsamt und Justiz

Bereits im Vorfeld des 1. Mai in Schwerin zeichnete sich ab, dass den staatlichen Behörden daran gelegen ist antifaschistischen Protest zu gängeln und den Neonazis eine möglichst attraktive Aufmarschroute mit reibungslosem Tagesablauf zu garantieren. Das Ordnungsamt der Stadt Schwerin verbot zunächst Kundgebungen von Jusos und DGB mit der Begründung, die NPD säße im Landtag und hätte deshalb ein besonderes Recht sich auf der Straße zu artikulieren. Ohne Not hat die Stadt Schwerin so das Prinzip der Erstanmeldung, auf das normalerweise bei jedem rechten Aufmarsch gepocht wird, gebrochen, um den Neonazis ihre Wunschroute zu ermöglichen.
Der DGB veröffentlichte daraufhin einen Brief an Schwerins Bürgermeisterin Angelika Gramkow (die Linke) und Landesinnenminister Lorenz Caffier (CDU), in dem Kritik am Vorgehen des Ordnungsamtes der Stadt Schwerin geäußert wird. Doch anstatt die unmöglichen Entscheidungen zurück zu nehmen, beharrte das Ordnungsamt auf seiner Entscheidung, die es ohne juristischen Druck durch die NPD und im vorauseilenden Gehorsam zu Gunsten dieser traf. Letztlich zog der DGB vor das Oberverwaltungsgericht in Greifswald, um das Erstanmelderecht per Eilverfahren durchsetzen zu lassen. Doch auch dem OVG Greifswald scheint die Rechtsprechung, die oft zu Gunsten von Neonaziaufmärschen in MV angewandt wird, in Bezug auf antifaschistische Proteste in Vergessenheit zu geraten. Die Klage des DGB wurde zurückgewiesen, obwohl die Gewerkschaft bereits 2015, also lange vor der NPD eine Kundgebung am Platz der Freiheit angemeldet hatte. Sämtliche antifaschistische Kundgebungen wurden somit außer Hör- und Sichtweite der Neonazis gelegt, der grundgesetzlich gesicherte Protest war in Schwerin nicht möglich.

Gängelungen und Kessel

Der Tag begann mit der Anreise großer Gruppen von Antifaschist_innen aus Rostock und Hamburg, die sich bereits früh auf den Weg machten, um pünktlich zu den Kundgebungen und Demonstrationen zu gelangen. Beide Gruppen wurden bei der Anreise massiv behindert und schon an den Bahnhöfen von Schwerin kam es zu ersten Übergriffen durch die Polizei. Eine Gruppe von 120 Antifaschist_innen aus dem Raum Hamburg wurde unter fadenscheinigen Begründungen kurzer Hand eingekesselt und für siebeneinhalb Stunden ohne Versorgung festgehalten. Binnen kürzester Zeit hatte die Polizei ein Toilettenhäuschen am Kessel bereitgestellt und nach etwa einer halben Stunde bis Stunde schon eine speziell auf den besagten Kessel bezogene Pressemitteilung veröffentlicht. Offensichtlich hatte die Polizei in Schwerin die Freiheitsberaubung der Genoss_innen aus Hamburg von langer Hand geplant.

Die 200 Antifaschist_innen aus Rostock, die gemeinsam mit etwa 150 Freund_innen aus anderen Städten anreisten, wurden am Bahnhof Schwerin Mitte von der BFE MV empfangen und dort festgehalten. Die Forderungen, zu den angemeldeten Kundgebungen westlich der Eisenbahnlinie gehen zu können, wurde durch die BFE ignoriert. Schließlich fiel die Entscheidung, dem Druck nachzugeben und sich geschlossen in Richtung der antifaschistischen Demonstration „Time to say good bye!" in Bewe-

gung zu setzen. Unterdessen griff sich die BFE immer wieder Menschen wegen Nichtigkeiten, so wurde eine Antifaschistin beispielsweise wegen des angeblichen Tragens eines „ACAB"-Pullovers kurzzeitig festgesetzt. Auf dem Weg zur Demonstration passierte die Gruppe auch die Neonaziroute und musste dort wegen einer weiteren Polizeischikane etwa 15 Minuten ausharren. An dieser Stelle blieb die Gelegenheit ungenutzt, die Straße zu blockieren und somit dem Tag eine andere Wendung zu geben. Stattdessen zogen die Menschen zur antifaschistischen Demonstration.



Lügen und Polizeigewalt

Die Antifademo unter dem Motto „Time to say good bye! - Die NPD verabschieden!" begann um 10 Uhr mit einer Kundgebung am Südufer des Schweriner Pfaffenteichs. Von da aus sollte sie in Richtung Schweriner Schloss durch die Innenstadt ziehen. Der Demonstrationsstart verzögerte sich allerdings erheblich, da die Polizei große Gruppen von Demonstrationsteilnehmer_innen im Stadtgebiet festhielt und nicht zur Veranstaltung ließ. Nachdem dies mehrfach vom Lautsprecherwagen verkündet und angeprangert wurde, meldete sich der Polizeieinsatzleiter für die Antifa-Demo wiederholt beim Versammlungsleiter und bat um angebliche Richtigstellung. Dabei tischte er eine ganz eigene Version der Geschehnisse auf, die durch Rücksprache mit den Betroffenen als Lüge entlarvt werden konnte. Nachdem die etwa 350 Antifaschist_innen aus Rostock und Umgebung zu der Demonstration stießen, setzte sich diese in Bewegung. Nach einem Hinweis auf eine weitere angemeldete Gegenkundgebung in Hör- und Sichtweite der Neonazis, durch die Demo-Moderation, setzte sich ein Großteil der Menschen von dem Aufzug ab und versuchte dorthin zu gelangen. Jedoch versperrte ihnen die Polizei den Weg. Dabei kam es zu massiver Gewalt gegen Antifaschist_innen durch die BFE MV. Ein Genosse wurde zunächst niedergeschlagen und anschließend von der Polizei derart traktiert, dass er das Bewusstsein verlor. Fotoaufnahmen belegen diesen Vorgang (1 und 2).

Die Polizei behauptete darauf hin per Twitter, der Antifaschist wäre nicht geschlagen worden, sondern hätte lediglich einen Kreislaufkollaps erlitten.

In der Folge wies das Moderatoren-Team der Demonstration, die sich noch in unmittelbarer Nähe des Geschehens aufhielt, auf die Lügen und Gesetzesbrüche der Polizei hin. Immer wieder leugnete die Staatsmacht die angemeldete DGB-Kundgebung in Sichtweite der Neonaziroute und brach damit das Grundrecht auf Versammlungsfreiheit, dass auch den Weg zu angemeldeten Kungebungen unter Schutz stellt, da sie die Menschen nicht zur genannten Kundgebung durchließ. Kurz darauf drohte der Bereichseinsatzleiter der Polizei den Moderatoren, sie aus dem Fahrzeug zu ziehen und in Gewahrsam nehmen zu lassen. In einer daraus entsprungen Diskussion um den Grundrechtsbruch, den die Polizei offensichtlich bis zum Schluss durchzusetzen gewillt war, behauptete der Beamte man wolle lediglich ein unkontrolliertes abfließen der Demonstrant_innen verhindern. Es würde aber die Möglichkeit gegeben werden, kontrolliert und in kleinen Gruppen zur Kundgebung zu gelangen. Auch diese Aussage entpuppte sich als dreiste Lüge, nachdem die Antifaschist_innen zur Demonstration zurückkehrten und sich diese in Bewegung setzte. Jede Seitenstraße war durch die Polizei hermetisch abgeriegelt und Versuche sich von der Demonstration in Richtung Kundgebung zu bewegen wurden strikt unterbunden. Nach Auflösung der Veranstaltung versuchten Genoss_innen erneut zu der genannten Kundgebung zu gelangen und wurden dabei von Bereitschaftspolizei und BFE durch die Altstadt von Schwerin gejagt. Auch hier kam es zu massiver Polizeigewalt gegenüber friedlichen Antifaschist_innen.

Im weiteren Verlauf des Tages gelang es lediglich kleinen Gruppen am Rande des Aufzuges gegen die Neonazis zu protestieren.

Neonazis und Narrenfreiheit

Nachdem Ordnungsamt und OVG Greifswald den Neonazis im Vorfeld die Wunschroute gesichert hatten und die Polizei ihnen den Protest vom Hals hielt, konnten sich die etwa 400 bis 500 Neonazis auch auf ihrem Aufmarsch ganz ungeniert geben. Zahlreiche Hitlergrüße und Verstöße gegen §86a, sowie das tragen von Vermummung, für das Antifas von der Polizei angegriffen wurden, blieben für die Faschisten ohne Folge. Die NPD konnte ihre Route ohne Störung durch Schwerin laufen und wurden dabei nur von geringen Polizeikräften begleitet.

Zivilgesellschaft und Presse

Zivilgesellschaftlicher Protest gegen die Neonazis war am 1. Mai in Schwerin kaum auszumachen. Lediglich einige wenige Gewerkschafter_innen und parteigebundene Menschen beteiligten sich an den Aktionen gegen den Aufmarsch. Die Masse der Gewerkschafter_innen zog es jedoch vor sich bei Bier und Bratwurst, fern ab vom Geschehen, auf dem Schweriner Marktplatz, Reden von der Sozialpartnerschaft anzuhören, anstatt praktisch gegen Faschismus und für internationale Solidarität einzustehen.

Fast schon erwartbar schreibt die eintönige Presselandschaft in MV vor allem bei den Mitteilungen von Gewerkschaften und Polizei ab. Die behauptet sogar, dass durch ein Großaufgebot an Polizist_innnen ein friedlicher Tagesverlauf gewährleistet werden konnte.

Der NDR hat neben einem Artikel auch einen Videobeitrag veröffentlicht, der bei kritischen Zuschauer_innen die Fragen aufwirft, wo die Journalist_innen des Norddeutschen Rundfunks am Tag in Schwerin eigentlich genau waren, ob sie in ihrer journalistischen Tätigkeit das Lesen von Twittermeldungen unterlassen, ob kritisches Hinterfragen von Polizeimitteilungen und -statements überhaupt zu ihrem Handwerk gehört und wieso der NPD im Videobeitrag derart großer Raum zur Darstellung geboten wird.

Gegenwart und Zukunft

Das Vorgehen von Ordnungsbehörden und Polizei in Schwerin stellt eine neue Qualität der Angriffe auf antifaschistische und linke Proteste in Mecklenburg-Vorpommern dar. Bereits in den vergangenen Jahren kam es am Rande verschiedener Proteste gegen Neonazis zu Gängelungen und massiver Polizeigewalt. Unvergessen beispielsweise die

Attacke durch die BFE MV auf einen französischen Antifaschisten am 8. Mai 2014 in Demmin.
Endlose Kontrollen, Kesselungen und massenhafte Platzverweise von antifaschistischen Reisegruppen sind beinahe an der Tagesordnung. Die Polizei scheint eine eskalierende Nulltoleranzlinie gegen überwiegend friedliche Antifaschist_innen zu fahren, die einen immer perfideren und gewalttätigeren Ausdruck findet und vom Innenministerium offensichtlich gedeckt und gewünscht wird. Insbesondere die BFE-Einheit des Landes schlägt mit brutaler Härte wegen Nichtigkeiten gegen Menschen zu. Es ist wohl nur eine Frage der Zeit, bis diese anonymen Gewalttäter Neonazigegner_innen ernsthaft und auch irreversibel schädigen oder gar töten. Ihnen kommt zu Gute, dass eine starke Zivilgesellschaft und eine kritische Presse im Bundesland fast gänzlich fehlen.
Ein weiterer Ausdruck der politischen und polizeilichen Taktik gegen Antifaschist_iknen in MV findet sich im Umgang mit Genoss_innen die aus Hamburg nach MV reisen um die Aktivist_innen vor Ort zu unterstützen. Offensichtlich scheint die Kampagne „Hamburg goes MV!" den Behörden ein großer Dorn im Auge zu sein. Immer wieder werden Reisegruppen aus der Elbestadt mit massiver Repression überzogen. Es kann kein Zufall sein, dass ausgerechnet die Antifaschist_innen aus Hamburg am 1. Mai in Schwerin über Stunden unter fadenscheinigen Begründungen eingekesselt wurden. Scheinbar versucht man diese solidarischen Menschen zu zermürben, um vor künftigen Interventionen in Mecklenburg-Vorpommern abzuschrecken.

Der Tag in Schwerin kann zum einen als Vorgeschmack auf das Vorgehen der Polizei am 8. Mai in Demmin gesehen werden. Dort wollen Antifaschist_innen erneut Widerstand gegen den Trauermarsch der Neonazis leisten. Im vergangenen Jahr ist es beinahe gelungen diesen Marsch zu blockieren. Eine Tatsache die der Polizei wohl gar nicht passt.

Zum anderen kann man annehmen, dass das Vorgehen der Behörden in Schwerin eine Kostprobe dafür war, was linke und antifaschistische Aktivist_innen erwartet, wenn im September rechte Mehrheiten im Landtag von MV entstehen. Die AfD steht in Umfragen bei bis zu 20% der Wähler_innenstimmen und auch die NPD ist noch nicht aus dem Rennen. Dieser Blick in die Zukunft wird vor allem dadurch heftig getrübt, dass ziemlich sicher ist, dass die CDU den Landesinnenminister Lorenz Caffier als Spitzenkandidat um das Amt des Ministerpräsidenten in die Wahl schickt. Caffier, der unter anderem mit zynischen Fragen zu schwerverletzten Antifaschist_iknen auffällt, ist maßgeblich Verantwortlicher der repressiven Politik gegen progressive Bewegungen in MV.

Auf linke und antifaschistische Zusammenhänge im Bundesland werden harte Zeiten zu kommen. Es ist dringend nötig sich zu überlegen, wie man künftig politisch agieren will und welche Strategien geeignet sind, um nicht in Abwehrkämpfen verharren zu müssen.

NOTDDZ: ZUSAMMEN ORGANISIEREN SABOTIEREN BLOCKIEREN VERHINDERN!

Gegen den Naziaufmarsch am 4.6. in Dortmund

Für den 4.Juni mobilisert „Die Rechte" Dortmund zum sogenanten „Tag der deutschen Zukunft" nach Dortmund. Dieser regelmäßig stattfindende Naziaufmarsch ist einer der letzten großen Aufmärsche der Neonaziszene in Deutschland und somit von besonderer Bedeutung. In den vergangenen Jahren gelang es aber zunehmend, dieses Event effektiver zu stören oder zu blockieren. In Dortmund soll sich dieser Trend nun fortsetzen. Darum hat sich neben dem bekannten Bündnis Blockado auch eine autonomes Aktionsbündnis gebildet, in auch wir mitarbeiten. Unter dem Label „No-TddZ Dortmund" soll versucht werden, auf breiter Basis gegen den Aufmarsch vorzugehen und an erfolgreichen Blockaden in anderen Städten anzuknüpfen.
Auf der Bündnis Seite http://dortmund.notddz.org findet Ihr alle wichtigen Informationen zu dem Datum, wer auch so auf dem laufenden bleiben will dem sei die Facebook-Seite empfohlen!

Auch am Vorabend lohnt es sich schon nach Dortmund zu kommen:
Für den 3. Juni planen wir eine linksradikale Vorabenddemo, um auch inhaltlich etwas zum Thema „Deutsche Zukunft" zu sagen. Bald mehr, haltet Augen und Ohren offen…
Im Folgenden der Aufruf des „No-Tddz"-Bündnis zu den Aktionen am 4.Juni.

„Tag der deutschen Zukunft" in Dortmund? Gemeinsam blockieren, sabotieren, verhindern!

Am 4. Juni 2016 soll der jährliche „Tag der deutschen Zukunft" („TddZ") in Dortmund stattfinden. Die Dortmunder Neonazis um die Partei „Die Rechte", ehemals „Nationaler Widerstand Dortmund" (NWDO), möchten der bundesweiten Naziszene in der Dortmunder Nordstadt eine Negativvision der Zukunft Deutschlands darbieten. Wir sind angetreten, um dies zu verhindern.

Der „Tag der deutschen Zukunft" – Nazi-Phantasien auf Wanderschaft

Gegründet von der "Initiative gegen Überfremdung" fand der „Tag der deutschen Zukunft" erstmals 2009 in Schleswig-Holstein statt und wird seitdem jedes Jahr von Stadt zu Stadt weitergereicht. Bisher beschränkten sich die Veranstaltungsorte auf Nord- und Ostdeutschland. Dortmund – seit Jahren wegen seiner aggressiven und gewalttätigen Neonaziszene bekannt – soll nun der nächste Austragungsort dieses Großevents werden, zu dem Neonazis aus ganz Deutschland und anderen europäischen Ländern erwartet werden.

Den Dortmunder Neonazis und der von ihnen mobilisierten Naziszene soll dabei in diesem Jahr die Nordstadt als Kulisse für eine herbeiphantasierte „Überfremdung" und Zerstörung der „deutschen Volksgemeinschaft" dienen, in der sich Deutschlands Zukunft jetzt schon exemplarisch

zeige. Der proletarisch und migrantisch geprägte Stadteil nördlich der Dortmunder Innenstadt zählt seit seiner Gründung vor knapp 170 Jahren zu einem der Migrationshäfen des Ruhrgebiets – und ist es bis heute: arm, „dreckig" und direkt. Wer es schafft, zieht in der Regel weiter. Vermutlich ist Deutschland nirgendwo mehr Einwanderungsland als im Ruhrgebiet. Daher wirkt es geradezu absurd, dass im Aufruf der Faschist*innen von einer „mehrtausendjährigen Geschichte", einer „natürlichen Schicksalsgemeinschaft" und deren „natürlichen Grenzen" schwadroniert wird: Wer sich überzeugen mag, schaue sich einmal die Nachnamen der Mitglieder von „Die Rechte" an.

Auch wenn es so scheint, als hätte sich rassistische Mobilisierung auf eine „Überfremdung" durch Geflüchtete eingeschossen, kommt ohne eine Prise Antisemitismus kein „echter" Naziaufruf aus: Die Vernichtung der „Volksgemeinschaft" würde von verschwörerischen Kräften geplant betrieben und sei eine fremdgesteuerte Arbeit gegen das deutsche Volk, mit dem Ziel, eine „willenlose, lethargische Masse verschiedenster ethnischer Herkünfte" zu schaffen, die ebenjenen Kräften dazu dienen würde, Kontrolle über das „wehrhafte deutsche Volk" ausüben zu können. Dass diese dunklen Kräfte in Israel und an der Ostküste Nordamerikas sitzen, versteht sich bei einem antisemitischen Weltbild scheinbar von selbst. So sehen sich die selbsternannten historischen Nachfahren der Nationalsozialist*innen auch im 21. Jahrhundert als Opfer von „offenkundiger Fremdsteuerung" im heroischen Kampf um die Reinheit des Volkskörpers, die 365 Tage im Jahr in einer Welt kämpfen müssen, wo „Deutsche schon Menschen zweiter Klasse" seien.

Die Dortmunder Nazis – Vom NWDO zur Partei „Die Rechte"

Die Tätigkeit der Partei „Die Rechte" besteht im Wesentlichen aus einer Dauerbeschallung mit Immergleichem auf Straßen und in Medien. In ihren medialen Veröffentlichungen werden beispielsweise jegliche Nachrichten über (angeblich) von Migrant*innen ausgeübte Kriminalität notorisch benutzt, um die Stadt zum „Angstraum für Deutsche" zu stilisieren. Dazu kommen gelegentlich inszenierte Provokationen. All dies soll dazu dienen, aufgeschlossene Alltagsrassist*innen an das geschlossene Weltbild der Nazis heranzuführen: Denn die Vorstellung, dass Sicherheit durch „ethnische/kulturelle Homogenität" herzustellen sei, ist „besorgten Bürger*innen" wie Neonazis gemein. Eine solche Politik bedeutet immer eines: Gewalt, Ausgrenzung und Rassismus. In Dortmund sind im letzten Jahr im gesamten Stadtgebiet eine zweistellige Anzahl von Unterkünften für Geflüchtete entstanden. Begleitend fanden nahezu wöchentlich Naziaufmärsche mit dem Ziel statt, breitflächig eine rassistische Stimmung anzuheizen. Der Nachfolgeorganisation des verbotenen „NWDO" gelang es trotz hohen Aufwands jedoch nicht, Anschluss an „besorgte Bürger*innen" zu finden. Die extreme Rechte ist seit den 80er Jahren auf der Suche nach der „nationalrevolutionären" Massenbasis. An Orten wie Heidenau scheint das dieser Tage zu gelingen, in Dortmund allerdings sind die Nazis politisch isoliert und durch staatliche Repression in die Organisation als Partei gedrängt worden. Neonazi sein in Dortmund heißt, die eigene bürgerliche Identität abzugeben und in einer von Medien, Polizei oder Antifa durchleuchteten Parallelgesellschaft zu leben. Es ist bekannt, wo sie arbeiten und studieren, wo sie wohnen, mit wem sie zusammenleben. Es bleibt weiterhin Aufgabe von Antifa und Zivilgesellschaft, die Isolation der Neonazis zu betreiben, damit Nazi zu werden mit hohen Hürden und persönlichen Risiken verbunden bleibt.

Times are changin'...

Seit den letzten Großaufmärschen der Neonazis hat sich in Dortmund einiges getan. Trotz der notorischen Aktivitäten der Neonaziszene mit 60–80 Kundgebungen und Aufmärschen pro Jahr gelingt es Dortmunder Antifaschist*innen, kontinuierlich gegenzuhalten. Dortmunds radikale Linke hat sich in den letzten fünf Jahren stark weiterentwickelt und ist im öffentlichen Raum in diversen Themenfeldern präsent. Mit BlockaDO gibt es mittlerweile ein übergreifendes Blockadebündnis, das auch außerhalb des linksradikalen Spektrums mobilisiert. Im für Dortmund überaus wichtigen Bereich des Fußballs, beim BVB, werden faschistische Aktivitäten im Stadion und im Umfeld des Vereins konsequent verfolgt. In Kooperation mit antirassistischen Fangruppen wurde den Nazis damit ein wichtiger Agitationsraum genommen.
Auch im bürgerlichen Lager hat ein gewisses Umdenken stattgefunden: Von der langjährigen und wenig erfolgreichen Taktik, Nazis zu ignorieren, wurde sich teilweise abgewandt. Vom „Arbeitskreis gegen Rechtsextremismus" (DGB und Evangelische Kirche) und von „Dortmund Nazifrei", einem Bündnis aus Parteien, Gewerkschaften und Einzelpersonen, gab es punktuell Versuche, gegen Aufmärsche zu mobilisieren und Blockaden zu simulieren. Allerdings blieben die bisherigen Versuche im Hinblick auf die Zahl der Mobilisierten sehr überschaubar.
Konsequenz all dieser Veränderungen ist es, dass es vor allem seit eineinhalb Jahren immer wieder gelingt, den Dortmunder Faschist*innen um „Die Rechte" den öffentlichen Raum streitbar zu machen. Spätestens die militanten Angriffe auf die Neonazis im September, als diese gegen die in Dortmund ankommenden Flüchtlinge demonstrieren wollten, haben gezeigt: Niemand vergießt hier eine Träne, wenn sie eine Abreibung bekommen. Im Gegenteil empfinden es viele Menschen als Befreiung, wenn den Neonazis auf der Straße Grenzen gesetzt werden. Die Bereitschaft, den Nazis ungestört die Straße zu überlassen, weil auch sie das Recht hätten, ihre „Meinung" öffentlich kundzutun, ist rapide zurückgegangen. Wie zu Zeiten der „Antikriegstage" des damaligen NWDO wird im Juni seitens der Polizei mit einer großflächigen Absperrung des Aufmarschgebiets zu rechnen sein. Das Leben im betroffenen Stadteil wird ausgesetzt und mehrstufige Sperrringe installiert. Die Polizei verheimlicht mittlerweile immer bis zur letzten Minute die Route der Nazis, um Widerstand dagegen zu erschweren. Die flankierenden Klagen der Polizei haben öfters dazu geführt, dass von den Gerichten Naziaufmärsche auf Standkungebungen beschränkt wurden. Mit einem Verbot ist allerdings eher nicht zu rechnen.

Was wir wollen

Widerstand gegen die Neonazis ist insbesondere dann erfolgreich, wenn militantes Vorgehen und Blockaden ineinanderspielen. Die Räume für Blockaden werden oftmals erst frei, wenn durch militante Taktiken der Polizeieinsatz destabilisiert und ins Schwimmen gebracht werden konnte. Militanz kann dabei vieles sein: Wir hierarchisieren nicht zwischen der sprichwörtlichen „brennenden Mülltonne" und zivilem Ungehorsam in Form von Blockaden. Wir sind mit allen solidarisch, die mit sinnvollen und zielgerichteten Mitteln gegen den Naziaufmarsch agieren.
Die Mobilisierung für die Gegenaktivitäten zum „Tag der deutschen Zukunft" läuft in der Stadt auf breiter Basis. Wir stehen im solidarischen Austausch mit allen anderen, die sich aktiv gegen den Aufmarsch stellen und rufen bundesweit dazu auf, nach Dortmund zu kommen, um eines der letzten großen Nazievents in Deutschland zu verhindern.

Keine Zukunft für Nazis – nirgendwo, nirgendwann

Warum ist es wichtig, im Juni nach Dortmund zu kommen? Auch wenn die diesjährigen Ausrichter des „TddZ“ in der städtischen Situation isoliert sind, gilt es dennoch, Neonazis überall und immer das Leben schwer zu machen. Sie bewegen sich derzeit im Fahrwasser eines gesellschaftlichen Rassismus, der so stark ist wie seit 20 Jahren nicht mehr. Es ist wichtig, neben Pegida und AfD auch die „klassischen“ Neonazis anzugehen, da auch diese bundesweit zur Zeit immer mehr Raum bekommen. Das Event „TddZ“ soll insbesondere dem Austausch zwischen verschiedenen Neonazispektren dienen, bei dem sich „Die Rechte“ Dortmund bundesweit in Szene setzen und an die Großmobilisierungen zum Antikriegstag anschließen möchte. Nicht zuletzt kann der nächste „Tddz“ auch in eurer Stadt sein – kommt nach Dortmund, um heute den Naziaufmarsch von morgen zu verhindern.

Naziaufmärsche? Gemeinsam blockieren, sabotieren, verhindern!
Grenzenlose Solidarität & Emanzipation – statt Volksgemeinschaft & Rassismus!
Keine Zukunft für Deutschland!

Antifaschistischer Arbeitskreis NoTddZ 2016

Leben ist kein Algorithmus

Kongress in Köln | Alte Feuerwache | 30.9-2.10.2016

Solidarische Perspektiven gegen den technologischen Zugriff

„Wenn wir die gesamte Materie und Energie des Weltalls mit unserer Intelligenz gesättigt haben, wird das Universum erwachen, bewusst werden – und über fantastische Intelligenz verfügen. Das kommt, denke ich, Gott schon ziemlich nahe“. (Ray Kurzweil, Chefingenieur von Google)
Die Wellen informations-technologischer Entwicklungen schlagen in immer kürzeren Abständen über unsere Köpfe herein: sie wollen Daten, Daten und nochmals Daten. Google, facebook und deren Verwandte, die „Nachrichten“ Dienste aller Länder, saugen unsere Daten ab. Oft kommt dieser Zugriff erst mal unverdächtig daher: das Bargeld soll abgeschafft werden zugunsten elektronischer Transfers, die die Ökonomie von uns komplett transparent macht; Gadgets wie google glass, Fitnessarmbänder oder Smartphones – Sensoren der Erfassung und des Zugriffs rücken uns zunehmend auf die Pelle. Auch das Internet der Dinge – internet of things – gehört dazu, das aus harmlosen Haushaltsgeräten Spione und Denunzianten macht. In der Arbeitswelt werden zig Millionen zusätzlich arbeitslos sein – im unscheinbaren Kleid der „Industrie 4.0“. Diese Liste ließe sich noch um einiges erweitern: Gentechnik, Drohnen, Künstliche Intelligenz … Big Data ist der Euphemismus dafür, Big Theft wäre ehrlicher.
Überwachung ist ein klassisches Herrschaftsinstrument, jetzt ist es gelungen daraus auch noch ein erfolgreiches businessmodel zu machen, was die Anzahl der Akteure vervielfacht. Profitstreben wird zum neuen Motor der Überwachung und Datenerfassung. Sie dienen nicht nur der Kontrolle, sondern werden benutzt, um menschliches Verhalten vorherzusagen und gezielt zu manipulieren – eine Fremdbestimmung ganz neuer Qualität kündigt sich an. Wir* laden deshalb zur Konferenz „Solidarische Perspektiven gegen den technologischen Zugriff“ ein – Köln, Alte Feuerwache, 30.9-2.10.2016.
Auf der Konferenz wollen wir nicht nur die erschreckend schnell voranschreitende Erfassung aller Lebensabläufe samt ihrer ökonomischen Verwertung und den weitgehend undiskutierten Lenkungsmethoden analysieren. Wir wollen unsere Möglichkeiten des Widerstands gegen den technologischen Zugriff auf unsere Autonomie in den Mittelpunkt stellen. […]
Wir wollen mit dieser Konferenz anregen, deutlich wacher zu werden und uns nicht länger allein vom verheißungsvollen „Komfort“-Gewinn der smarten Technologien in den Bann ziehen zu lassen. Dabei ist uns bewusst, dass uns die Verhältnisse nicht einfach nur gegenüberstehen, sondern dass wir Teil davon sind und an deren Reproduktion – ob gewollt oder nicht – mitwirken. Im Wissen um unsere Widersprüchlichkeiten im Alltag wollen wir das Verhältnis von Bereicherung und Entmündigung besprechen. Ray Kurzweil, Gott-Azubi und Chef-Ingenieur von Google prognostiziert: „Ende der 2020er werden wir das menschliche Gehirn komplett erforscht haben, was uns ermöglichen wird, nichtbiologische Systeme zu schaffen, welche dem Menschen an Komplexität und Raffinesse in nichts nachstehen – dies schließt auch die emotionale Intelligenz mit ein.“
Dann ist es jetzt Zeit, diese Gott gleichen patriarchalen Männerfantasien anzugreifen, wie es die feministische Bewegung gegen Gen- und Reprotechnologien mit einigem Erfolg in den 80er Jahren getan hat.
Um nicht missverstanden zu werden: Unsere (unterschiedlichen) Vorstellungen von Verweigerung und Widerständigkeit sollten nicht mit puristischer Enthaltsamkeit, totaler digitaler Abstinenz oder Ausstieg aus jeglicher sozialer Vernetzung verwechselt werden. Es geht uns also nicht um den Erhalt einer nostalgischen Sozialität. Die Auswirkungen von Technologien auf Fremdbestimmung und Beherrschbarkeit hingegen interessieren uns sehr wohl! Wir suchen in einer Art praktischer Technologiekritik nach Wegen der Selbstbehauptung. Wir wollen mit dieser Konferenz Selbstvertrauen gewinnen, uns gegen eben diese Fremdbestimmung kollektiv zur Wehr zu setzen [...]

Weitere Details und Texte zur Konferenz findet ihr unter: bigdata.blackblogs.org

CAMPS 2016

Thessaloniki 15. bis 24.07.2016

Wir laden radikale, antikapitalistische und antirassistische Gruppen, Kollektive und Einzelpersonen, die mit dem beschriebenen organisatorischen Rahmen des NoBorder Camps einverstanden sind und gerne daran teilnehmen möchte, dazu ein

- uns rechtzeitig über Interesse am No Border Camp zu informieren und die Zahl der Teilnehmenden anzugeben
- Arbeitsgruppen oder Workshops anmelden

Schickt uns eine E-Mail mit den Vorschlägen an contact [at] noborder2016 [punkt] com
In Solidarität!

Das Orga-Plenum des
No Border Camps 2016

http://noborder2016.espivblogs.net/de/callout/

25. bis 31. Juli 2016 am Gefechts-Übungs-Zentrum Altmark (GÜZ)

Gemeinsam mit vielen wollen wir die scheinbare Normalität der kriegerischen Verhältnisse offenlegen, stören, blockieren: Spürbare Steine im Getriebe sein!
Wir rufen dazu auf, dem staatlich organisierten Töten und Zerstören mit aller Entschiedenheit!

Krieg beginnt hier – unser Widerstand auch!

Wir wollen der kriegerischen Mobilmachung etwas entgegensetzen. Nicht nur in den Köpfen der Menschen, sondern auch ganz praktisch. Abrüstung ist Handarbeit. Wir können nicht auf die Politik vertrauen, sondern müssen die Dinge selbst in die Hand nehmen. Antimilitaristisches Handeln ist nötig, allüberall und zu jeder Zeit. Wir haben uns einen Punkt herausgegriffen, der bereits in den letzen Jahren ein Kristallisationspunkt für antimilitaristische Aktionen war und auch weiter sein wird – auf Grund seiner Funktion für die Vorbereitung von kriegerischen Einsätzen und Häuserkämpfen.

Das Gefechtsübungszentrum (GUZ) in der Altmark spielt als modernster Truppenübungsplatz Europas eine entscheidende Rolle für die Kriege der Natostaaten. Auf dem 230 qkm großen Militär-Gelände wird Krieg mit hochgerüsteter Technik und lasersimulierten Waffensystemen geübt und vorbereitet. Deutschen Soldat_innen bereiten sich hier auf Auslandseinsätze in unterschiedlichen Regionen vor. Der Betreiber „Rheinmetall Dienstleistungszentrum Altmark" vermietet das Gelände an die Bundeswehr und die Armeen anderer NATO-Mitgliedsstaaten, ist Dienstleister der gesamten Technik und Logistik und leistet die Vorarbeit für die militärischen Analysen. Hier wird Krieg geübt, ausprobiert, vorbereitet.
Wir wollen diesen zentralen Ort der Kriegsvorbereitung sichtbar machen und mit unseren unterschiedlichen Aktionen den „Normalbetrieb" – die gut geschmierte Kriegsmaschinerie – stören und blockieren.

war-starts-here.camp/

Werde Teil des Camps!

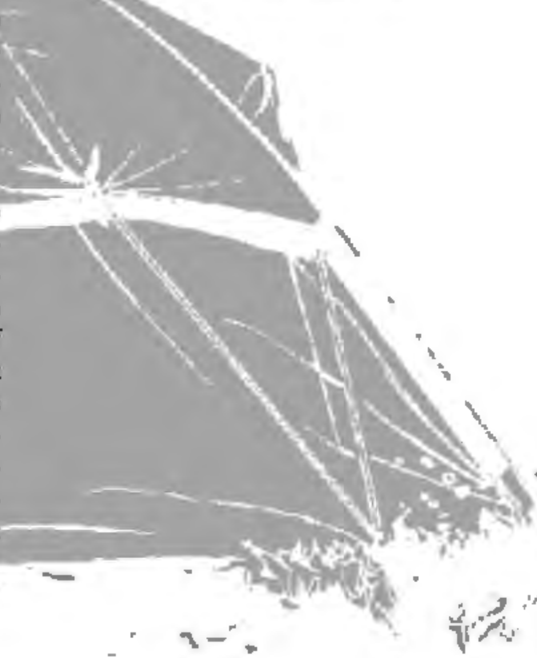
Seit mehreren Jahren hat das war-starts-here Camp-in Potzehne, in der Nähe des GÜZ, viele unterschiedliche Menschen zusammengebracht. Gemeinsam zu diskutieren und aktiv zu werden hat einiges bewirkt, sowohl bei den Teilnehmenden des Camps als auch in der Region. Und es hat Spaß gemacht.
So vielfältig die Strömungen in emanzipatorischen Bewegungen sind, so vielfältig sind auch die individuellen Sichtweisen auf Krieg und Militär. In Anbetracht dessen wollen wir die Gemeinsamkeit des Widerstands weiterentwickeln, den lange gewachsenen Widerstand vor Ort stärken und dabei unsere Unterschiede diskutieren und respektieren.
Bei diesem (inzwischen fünften!) Camp wollen wir unser Augenmerk auf die Ursachen und Folgen der kriegerischen Verhältnisse richten und ein wenig über unseren Tellerrand hinausschauen. Wir hoffen auf viele Menschen, denen das Thema Flucht und Migration ein Anliegen ist, die mit uns darüber diskutieren und auch praktisch eingreifen wollen. Das Camp wird ein Ort dafür sein. Wir wollen eine Diskussion auf Augenhöhe mit allen, die das Gleiche antreibt: die Abneigung gegen die

12. bis 21. August im Nördlichen Niederösterreich

Was es werden soll

Das anarchistische Camp 2016 in Österreich hat zum Ziel, Menschen strömungs-, projekt- und grenzübergreifend zusammenzubringen und die Kooperation innerhalb der linken und anarchistischen Bewegung zu stärken. Herrschaftslose Gesellschaftsalternativen können nicht nur aus Büchern erlernt werden – sie müssen im richtigen Leben erprobt sein. Das Camp kann uns Erfahrungen mit Selbstorganisation ermöglichen, neue Perspektiven für soziales Zusammenleben eröffnen und Ideen für zukünftige Projekte schaffen. Außerdem fördert die gemeinsame Auseinandersetzung mit herrschaftskritischem Denken das Hinterfragen des eigenen Handelns.

Wir wollen eine zentrale Schnittstelle für die verschiedenen Kämpfe gegen die alltäglichen Formen von Rassismus, Sexismus und Ausbeutung schaffen und damit auch ein Vernetzungs- und Aktionsnetzwerk über die Dauer eines Camps hinaus aufbauen. Du brauchst weder in irgendeiner Szene zu sein noch dich mit irgendwelchen Theorien auszukennen, um am A-Camp teilzunehmen. Jede*r ist eingeladen, die*der sich mit emanzipatorischen und antiautoritären Ideen identifizieren kann.
Unsere Stärke liegt in solidarischer Gemeinschaft!
Kontakt: acamp2016@autistici.org



: : DIRECT ACTION : : DOKUMENTATION : :

06. 03. HH

Naziauto unbrauchbar gemacht

In Solidarität mit unseren Freund_innen und Genoss_innen in Leipzig und überall, wo Menschen von Nazigewalt betroffen sind, haben wir Sonntag Nacht (6.3.) das Auto des Nazipärchens Denis Ackermann und Annika Bolle in Hamburg-Wilhelmsburg unbrauchbar gemacht.
Kein Angriff auf uns und unsere Strukturen bleibt unbeantwortet!

06.03. HH

Kein Treffen der "Bürgerwehr Hamburg"!

Im Reiherstiegviertel in Wilhelmsburg ist es zu Zusammenstößen zwischen einer selbst ernannten Bürgerwehr und Antifa-Genoss_innen gekommen.
Der 33 Jahre alte Gründer der Gruppe, der mit antisemitischen Äußerungen aufgefallen war, hatte in den vergangenen Tagen zu einem Treffen in einer Kneipe am Vogelhüttendeich aufgerufen. Im Ergebniss gab es kein Treffen und ein kaputtes Auto auf Seiten der möchtegern Bürgerwehr.

08.03. Hannover

Feminist Attack

„Am Abend des 8. März haben wir einen Linienbus auf der Limmerstraße (Hannover-Linden) gestoppt. Wir haben ihn - mit unseren Botschaften besprüht - weiter in die Innenstadt fahren lassen. Wir sehen die Aktion als offensive Aneignung des öffentlichen Raumes. Ein Raum, der uns als FrauenLesbenTrans* nicht einfach zusteht, sondern immer wieder neu erkämpft werden muss. Wir sind wütend!
Sexualisierte Gewalt gegen FrauenLesbenTrans* ist eine alltägliche Erfahrung. Auf Straßen, auf Plätzen, in öffentlichen Verkehrsmitteln, im eigenen Schlafzimmer.Sie gehört zur Normalität eines gewaltvollen Geschlechterverhältnis.Seit der Silvesternacht in Köln ist werden die Stimmen lauter und unerträglicher, die das Problem in der „Kultur" der vermeintlich Anderen suchen. Wir sagen, das Problem ist die sexistische und rassistische Kultur in der wir leben! Eine Kultur, in der sich die breite Öffentlichkeit nur über sexualisierte Gewalt entsetzt, wenn sie sich rassistisch instrumentalisieren lässt. Die Silvesternacht in Köln hat einen medialen Ausnahmezustand produziert. Die zwei Monate später bekannt gewordenen systematischen Übergriffe auf geflüchtete Frauen und Mädchen durch das Wachpersonal einer Kölner Unterkunft finden hingegen kaum Erwähnung. Wenn wir Sexismus effektiv bekämpfen wollen, müssen wir zugleich antirassistisch agieren. Unser Feminismus setzt seine Hoffnungen nicht in bürgerliche Gleichstellungspolitik! Zu oft ermöglicht sie die Emanzipation der einen auf Kosten der anderen. Rassismen und Klassenverhältnisse setzen sich unter ihrem Deckmantel fort. Unser Feminismus kämpft nicht um juristische Anerkennung! Wir bringen den Kämpfen derjenigen, die es heute ermöglichen Schwangerschaften straffrei abzubrechen, großen Respekt entgegen. Wir solidarisieren uns mit Trans* und Inter* Kämpfen, die heute Personenstandswechsel und sichere Hormonabgaben ermöglichen. Doch wir sollten uns in Erinnerung rufen, dass diese Kämpfe nicht begonnen wurden, um Gesetze zu ändern, sondern von sozialen Bewegungen getragen wurden, denen es um einen grundlegenden Wandel der Verhältnisse ging. Nicht zuletzt bedeutet beispielsweise die juristische Anerkennung verschiedener Lebens- und Liebesweisen eine Modernisierung des Ehe- und Familienideals, das viele andere wieder außen vor lässt.
Unser Feminismus ist nicht bereit Kompromisse einzugehen!
Wir bekämpfen jede Form von Herrschaft, den Staat, der sie institutionell absichert und die Bullen, die diesen Staat schützen.
Wir nehmen uns den Raum. Jetzt und in der Zukunft."

20.03. HH

3 Kirchen entweiht in Solidarität mit Mônica Caballero und Francisco Sollar

Unbekannte haben in Hamburg in der Nacht zum 20.03.16 3 Kirchen mit einem mit Farbe gefüllten Feuerlöscher, Stein und Zwille entweiht. Neben dem Vadalismus wurden Parolen wie "Kein Gott! Kein Staat! Kein Patriarchat!" und "Solidarität mit Mônica und Francisco!", sowie Anarchie-A's gesprüht. Auf den Straßen waren Flugblätter zu finden auf denen zu lesen war: "Religion bedeutet Unterdrückung! Gegen jede Herrschaft! Solidarität mit Mônica Caballero und Francisco Solar, in Spanien gefangene Anarchist_innen!"

26.03. HH

Aktionen nach dem Schanzenfest

Kleinere Gruppen bauten Barrikaden auf und zündeten angehäufte Müllberge an. Als die Polizei daraufhin die Straßen räumte, flogen Flaschen und Böller. Über Stunden lieferten sich Polizei und kleine randalierende Gruppen ein Katz-und-Maus-Spiel. Ein Sportwagen und die Schaufensterscheiben einiger Geschäfte wurden beschädigt.

27.03. HH

Glasbruch bei Mövenpig im Schanzenviertel!

Wie aufmerksamen Nutzer_innen der Grünanlage sowie den Medien nicht entgangen ist, gab es im März erneut zwei Aktionen an dem Vier-Sterne-Luxus-Hotel im Schanzenpark. Nun weist fast die gesamte Glasfront des Restaurantbereiches große Schäden auf. Bereits die Bauphase zeigte sich für die Investoren und zukünftigen Betreiber schwierig. Das gesamte Bauvorhaben wurde von vielfältigem Widerstand begleitet und konnte nur mit über Jahre andauernder Polizeipräsenz und massiver Repression durchgesetzt werden. Auch nach der heimlichen Eröffnung vor neun Jahren kommt das nach wie vor ungeliebte Prestigeobjekt nicht zur Ruhe.



20.03. Eine Kirche in Hamburg

DIRECT ACTION : : DOKUMENTATION : : SP

Immer wieder kommt es zu Attacken mit Buttersäure, wahlweise gibt es Glasbruch etc. Aktuell steht erneut eine weitere einschneidende Kommerzialisierung des Schanzenviertels an. Einem Großteil der Mieter_innen des Schanzenhofs, seit 25 Jahren an Initiativen,Vereine, soziale, kulturelle und bildungspolitische Einrichtungen vermietet, wurde nach anfänglicher massiver Mieterhöhung zum 31.03.2016 gekündigt. Betroffen davon sind das Drogenhilfeprojekt Palette e.V., das alternative Hotel „Schanzenstern", sowie die „Kulturetage".
Wie bereits dokumentiert, regt sich seit Monaten vielfältiger Widerstand. So bekamen z.B. die Gebrüder Schommartz unangemeldeten Besuch in ihren Büroräumen (Harvestehuder Weg 92 in 20149 Hamburg). Auch der zukünftige Mieter Stephan Behrmann, der bereits mehrere „Fritz im Pyjama-Hotels" im Schanzenviertel, auf St. Pauli sowie in Eimsbüttel betreibt und auch nach der Übernahme der Schanzensterns ein solches eröffnen will, blieb nicht außen vor. Dies veranlasste ihn, an den Investor heranzutreten, um aus dem bereits abgeschlossen Mietvertrag auszusteigen....
Diese Reaktion zeigt, dass die bis jetzt niedrigschwellig angesetzten Aktionsformen ihre Wirkung nicht verfehlt haben.
Ein vorgezogenes Schanzenfest rund um den Gebäudekomplex am vergangenen Ostersamstag hat gezeigt, dass sich viele Menschen mit dem Schanzenhof solidarisieren, sich gegen eine weitere Aufwertung stellen und weiterhin eine unkommerzielle Nutzung fordern.
Der Druck auf die Verantwortlichen muss kontinuierlich erhöht werden! Die Kündigungstermine, der Auszug der betroffenen Mieter_innen aus den Räumlichkeiten werden nicht dazu führen, dass die Aktionen gegen jetzige und potentielle Investor_innen/Nachmieter_innen eingestellt werden.
Diese sollten sich gut überlegen, ob es in ihrem Interesse ist, ihr rein profitorientiertes Vorhaben, womöglich mit weiterer Unterstützung der staatlichen Büttel umzusetzen.

27.03. HH

Brandanschlag auf Auto von Bosch

In der Nacht des 27.3. wird ein Auto von der Firma Bosch den Flammen übergeben. Bosch stellt Technik an den EU-Aussengrenzen und nimmt aktiv an der Aussgrenzung tausender und Ermordung vieler weiterer Menschen tei. Wenn wir sehen wie Menschen im Mittelmeer ertrinken, Menschen sich selber aufgeben und freiwillig oder durch Zwang in die Hölle zurükkkehren, wenn wir sehen wir Kinder im Schlamm schlafen oder fast erfrieren, kann es für uns nur eine Antwort auf deas was wir sehen geben. Alle Schweine die dafür mitverantwortlich sind, immer dann wenn es uns möglich ist anzugreifen.
Auf das das anarchistische Funkeln in der Nacht euch irgendwie erreicht.

28.03. HH

Nachbarschaftsbarrikade im Schanzenviertel

Gestern abend gegen 20:15 haben wir im Schanzenviertel, Schanzenstraße Ecke Susannenstraße eine kleine nachbarschaftliche Barrikade errichtet. Die Straße wurde mit Bauzäunen und Müllkontainern blockiert. An den Bauzäunen wurden Schilder mit der Aufschrift "Nachbarschaftsbarrikade" befestigt. Von der angrenzenden Bahnbrücke wurde ein Banner mit der Aufschrift "Investorenintressen Strg Alt Entf" gehängt. Zusätzlich wurden Flugblätter von der Brücke geworfen. Es gab Feuerwerk, bei einigen Läden wurden Fensterscheiben beschädigt und mit Parolen besprüht.
Mit der Aktion nehmen wir direkten Bezug zu der Kündigung des Schanzensterns, der Kulturetage, des Boxstudios und der der Drogenhilfeeinrichtung Palette im Schanzenhof (und der gesamten neoliberalen Kackscheisse) durch die Immobielenfirma der Brüder Max und Moritz Schommartz.
Wir finden die Aufwertung des Viertels immer noch scheisse und wollen Investoren die Tour vermiesen.
Wir halten weiterhin an sozialverträglichen, emanzipatorischen und rassismuskritischen Orten und Räumen in unserem Viertel fest.
Durch die Aktion soll deutlich werden, dass Nachbar*innen am Start sind und trotz der weiterschreitenden Aufwertung, profitorientierten Investor*innen -so weit wie möglich- in den Arsch treten !

29.03.-31.03. HH

Schanzenhof

Mehrere Gruppen haben sich Donnerstag und Freitag rund um den Schanzenhof Krawalle mit der Hamburger Polizei geliefert. Als in der Nacht zum Freitag einige der Protestler mit einem HVV-Bus in ein Polizeikommissariat gebracht werden sollten, wurde die Abfahrt am Neuen Pferdemarkt mit einer Sitzblockade verzögert. Während die Polizei die Straße räumte, flogen einige Glasflaschen auf die Beamten. Im Laufe der Nacht brannten auch Mülltonnen, die von der Feuerwehr gelöscht werden mussten.

30.03. HH

Auto von UETD-Hamburg Vorsitzendem abgefackelt

Auf das Fahrzeug des UETD-Hamburg Vorsitzenden (Union Europäisch Türkischer Demokraten), Muhterem Güngör ist ein Molotow-Cocktail Anschlag verübt worden. Sein Privatauto wurde dabei vollständig beschädigt.



28.03. Eine Barrikade in Hamburg

LITTER DER NACHT : : DOKUMENTATIONEN

06.04. HH

Autos in Winterhude Unbekannte haben insgesamt 45 teure Automodelle in Winterhude beschädigt. 44 Fahrzeuge wurden mit roten und weißen Farbsymbolen besprüht. Ein Auto ging in Flammen auf.

In der Nacht zu Montag schlugen die Täter zu – im Umkreis von einen Kilometer rund um den Winterhuder Marktplatz. Dazu gehören unter anderem die Sierichstraße, Ohlsdorfer Straße, Himmelstraße und Bebelallee. Mit Sprühfarbe schmierten sie auf geparkte Fahrzeuge der Marken Audi, Mercedes, BMW und Porsche das Anarchie-Symbol und Hammer und Sichel.


06.04 Ein Auto in Hamburg

10.04. Neumünster

Nazi angegriffen

„MARK MICHAEL PROCH AUS NEUMÜNSTER IST ANMELDER DER NAZI-DEMONSTRATION IN BAD OLDESLOE. ER SCHLIEF IN SEINER GARTENLAUBE, ALS SEIN AUTO GESTERN DEN FLAMMEN ÜBERGEBEN WORDEN IST. ES ENTSTAND TOTALSCHADEN. (NMS SP 76)

NAZIS MACHEN FÜR DEN 16.04.2016 IN BAD OLDESLOE MOBIL - SIE WERDEN NICHT SICHER VOR UNS SEIN. NAZIS ANGREIFEN!“


10.04 Ein Nazi-Auto in Hamburg

14.04. Bad Oldesloe

Naziauto entglast

Am gestrigen Abend (14.April 2016) haben Neonazis in Bad Oldesloe aufgrund der Veranstaltung „Volkswillen umsetzen“, die für diesen Samstag geplant ist, Flyer in die Briefkästen der Anwohner_Innen verteilt. Bei den Personen handelt es sich um Dominic Rösch aus Breitenfelde, und Reneé Rudi Eggert aus Hornbek. Die Aktion konnte durch Aktivist_Innen unterbunden werden, indem die Neonazis angegriffen wurden, bevor sie ihre Tour beenden konnten. Auf der Flucht wurde das Auto von Dominic Rösch (RZ X 132) entglast. Es bleibt dabei, Oldesloe bleibt nazifreie Zone, egal mit welchen Mitteln! Nazis angreifen am 16.04. in Bad Oldesloe!

16.04. Bad Oldesloe und Umgebung

Erfolgreiche Antifa Aktionen gegen den Nazi Aufmarsch

1) Böller und Steine beschäftigen die Faschos auf ihren Wegen zum und während des Aufmarsch.

2) Nazi Lauti kaputt.

3) Ein Regionalexpress auf der Fahrt von Lüneburg nach Lübeck wurde durch brennende Autoreifen auf den Gleisen gestoppt und fast 1 1/2 Stunden aufgehalten. In dem gestoppten Regionalexpress befanden sich u.g. Nazis, die zum Nazi-Aufmarsch in Bad Oldesloe wollten. Die Reifen waren auf beiden Gleisen – die Strecke ist an dieser Stelle zweigleisig – aufgeschichtet und brannten bei Nahen des Zuges in voller Ausdehnung. Außerdem war ein neben den Gleisen verlaufender Kabelschacht geöffnet worden und in dem Kabelschacht war ebenfalls Feuer gelegt worden.

4) „Während die Nazis versuchten ihren Aufmarsch in Bad Oldesloe hin zu bekommen (was schon bei der Anreise ein Problem darstellte), griffen wir das Auto (HH H 4823 dunkelblauer Ford Galaxy) von Thomas Wulff (Landesvorsitzender der NPD Hamburg) in Büchen an. Dabei wurde die Frontscheibe des Autos stark beschädigt und die Seitenscheibe komplett zerstört.

Gute Besserung wünschen wir allen verletzten Genossen_innen, ganz besonders der Person vom Lübecker HBF die auf dem Rückweg schwer von Nazis verletzt wurde. Wir solidarisieren uns zu den weiteren Aktionen die es im Vorfelde und auch am Tag selber gegen die Nazis gegeben hat. Wir wünschen uns eine Wiederholung der Antifa Aktionen spätestens nächsten Samstag 23.04.16 beim Aufmarsch von den 'Neumünster wehrt sich'-Nazis.“

17. - 20.04.HH

Für freies Fluten - Abschiebeapparat angreifen

„In den Nächten vom 17. bis zum 20. April haben wir verschiedene Bereiche des Abschiebeapparates angegriffen:

- stellvertretend für die Legislative: Das Wohnhaus von Staatsrat Jan und Regierungssprecherin Anke Pörksen in der Tornquiststraße 49 in Hamburg wurde mit Farbe markiert
- stellvertretend für die Judikative: Das Bürogebäude der Anwaltskanzlei Klemm & Partner, Reetwerder 23a in Bergedorf, wurde mit Farbe markiert
- stellvertretend für die Exekutive: Das Auto von Joachim Lenders, Leiter der Polizeigewerkschaft und in der Hartwicusstraße 14a gemeldet, stinkt wegen der Buttersäure im Kühler nun zum Himmel

Die Festung Europa hat die Tore wieder geschlossen. Der repressive Verwaltungs- und Abschiebeapparat wird hochgefahren. Sie nennen es Rückführungsmanagement, wir lesen es als Abschiebeterror! Der Flüchtlingskoordinator der Bundesregierung hat die Länder im April aufgefordert, die Abschiebezahlen abgelehnter Asylbewerber_innen zu verdoppeln.

Schon 2015 hatte sich die Zahl der Abschiebungen aus Deutschland im Vergleich zum Vorjahr dupliziert. Hamburg hat dieses Tempo mitgemacht. Der Landeschef Scholz saß bei den Verhandlungsrunden zu den Asylgesetzverschärfungen mit am Tisch und hat seine Handschrift hinterlassen.

Die Hansestadt prescht mit der Einrichtung eines "Abschiebegewahrsams" am Flughafen vor, an welchem sich wahrschienlich auch Schleswig-Holstein beteiligen wird. Am Hamburger Verwaltungsgericht wurden drei neue Kammern geschaffen, um die rasant steigende Zahl der Verfahren abzuwickeln.

Auf Bundesebene entstehen tausende neue Stellen beim BaMF und der Bundespolizei, um die Abschiebegeschwindigkeit zu erhöhen.

Der Staatsrat der Sozialbehörde Jan Pörk-

DIRECT ACTION : : DOKUMENTATION : : SP



17.04 Ein Anwaltsbüro in Hamburg

sen hat die prekäre Unterbringung von 7000 Geflüchteten in Baumärkten und Zelten zu verantworten. Gemeinsam mit seinem Bremer Kollegen hat er sich auf den Betrieb einer geschlossenen Unterbringung für Jugendliche auf dem Gelände der ehemaligen JVA Blcokland in Bremen geeinigt. Hauptzielgruppe sind als "Intensivtäter_innen" bezeichnete minderjährige unbegleitete Flüchtlinge, gegen die seit Jahren Hetzkampagnen laufen. Anke Pörksen hat als Regierungssprecherin Niedersachsens die Absegnung der Gesetzesverschärfungen medial durchgewunken.

Joachim Lenders ist stets am Jammern, wie schlecht es der Polizei gehe und wie nötig deren Aufrüstung sowohl personell als auch mit finanziellen Mitteln sei. Seine Bemerkung, es würde nicht verwundern, dass es keine Betten mehr für die Flüchtlinge gebe, da sie diese auseinanderschrauben und sich damit gegenseitig prügeln würden, ist eine seiner vielen gräßlich ignoranten und doch so naiven Stilblüten.

In der Kanzlei Klemm & Partner macht unter anderen der mittlerweile medienbekannte Gero Tuttlewski sein Geld damit, den Bau von Flüchtlingsunterkünften auszubremsen. Er vertritt Anwohner_innen, die keine Flüchtlingsunterkünfte in ihren Wohngebieten haben wollen: Anwohner_innen der Sophienterrasse, Klein-Borstel, Lemsahl-Mellingstedt, Neugraben-Fischbek ... Tuttlewski behauptet, es ginge seinen Mandant_innen nicht darum, die Flüchtlingsunterkünfte zu verhindern, sondern nur um die Dimensionen. Wir bezweifeln, dass es den Anwohner_innen dabei um ein adäquates Wohnen für Flüchtlinge geht. Vielmehr fürchten sie die Wertminderung ihrer Immobilien, sie haben Angst etwas abgeben zu müssen, sie haben Angst vor Fremden.

Es ist erstaunlich, welches Engagement die sonst so behäbigen Stadtbürger_innen und Schampusgesellschaften zur Verteidigung ihres Besitzes aufzubringen vermögen. Von Klagen vor Gericht, über Volksinitiativen und Bürgerbegehren, bis hin zu infantilen Trotzreaktionen, wie jene der Blankeneser_innen, die mit ihren Autos die Baumfällarbeiten für den Baubeginn einer Flüchtlingsunterkunft verhinderten.

Tuttlewski macht in seinen Klagen deutlich, dass es um Besitztum und Wertverlust geht, wenn er beispielsweise für die Bauherren in Neugraben-Fischbek Entschädigungszahlungen fordert, weil dort eine Flüchtlingsunterkunft für 3000 Menschen entstehen soll.

Auch wir sind nicht für eine dauerhafte Unterbringung der Flüchtlinge in oftmals engen Großunterkünften. Aber die Not gebietet ein schnelles Handeln, um die Menschen aus den Baumärkten und Zelten zu holen.

Wir fordern eine schnelle, lebenswerte Unterbringung der Menschen, sei es in leerstehenden Wohnungen und Häusern, die es in HH reichlich gibt, oder eben in neu gebauten Wohnblöcken.

Nicht 1000 und auch nicht 3000 Menschen in einem Wohnkomplex stellen ein "Ghetto" dar. Wer das behauptet spielt nicht nur mit der geschichtlichen Belastung des Begriffes sondern legt auch die eigenen Vorurteile offen, ganz nach dem Motto, wenn so viele "Ausländer" auf einem Haufen seien, gäbe es Probleme. Dabei ist das vermeintliche Problem nicht der Migrationshintergrund, sondern Armut und Ausgrenzung, das Verbot zu Arbeiten...

Wir kämpfen für das Bleiberecht und gegen den Abschiebeapparat und jene, die diesen Apparat mit ihrer Politik ausbauen, per Gerichtsverfahren bedienen oder die Abschiebungen letztendlich durchführen.

All migrants are welcome!

Kommt zur Demo am 30. April: Breite Solidarität gegen Rassismus und Repression!"

ag-fff (arbeitsgruppe für freies fluten)

22.04. HH

2 Autos beim Friescheparadies angezündet

„Zehn Jahre ist es her, dass eine Gruppe, die sich Superheld_innen nannte, vor dem 1. Mai das "Frischeparadies" plünderte und die entwendeten Lebensmittel an Leute verteilte, die sich diese nicht hätten leisten können.

Immer noch ist es notwendig mit Aktionen der Enteignung und Zerstörung die Strukturen von Reichtum und Herrschaft in Hamburg und überall anzugreifen.

Am 22.04.2016 wurde das Mittel der Zerstörung gewählt und 2 Autos des Frischeparadieses angezündet.

'Das Beste von allem' ist die zentrale Losung dieser Firma. Aber nicht für alle. So geben sich nur die Upperclass und die Schickeria hier die Klinke in die Hand und zücken ihre Amexcard oder legen mal kurz ein paar Tausend Euro für den Inhalt ihrer Einkaufstaschen auf den Tresen, während ihre Jaguare, Porsche und Benze vor der Tür funkeln.

Das Frischeparadies, im Besitz des Oetkerkonzerns, ist Deutschlands größter Spezialmarkt und Lieferant für exquisite Lebensmittel, an neun Standorten vertreten und ein Symbol diese scheiß Verhältnisse.

Hoffentlich war diese Aktion nur ein Vorgeschmack der revolutionären Aktivitäten rund um die Solidaritäts-Demonstration am 30.04. in Hamburg.

Das Beste für alle sofort, nämlich die Freiheit!"

30.04. HH

Biosupermarkt geplündert

"Der Denn's Markt in Altona wurde geplündert und um einige Taschen voller Lebensmittel erleichtert. Wir sind gegen eine Welt, in der die Menschen in Gewinner_innen und Verlierer_innen eingeteilt sind. In der einige wenige sehr reich sind, während viele andere sich nicht einmal genug zu essen leisten können.

Viel zu viel in unserem Leben hängt davon ab, ob wir genug Geld haben und ob wir für andere funktionieren. Dies hat einige Individuen dazu veranlasst, nicht mehr mitzuspielen und sich ohne zu fragen – oder gar zu zahlen – einfach zu nehmen, was sonst nur den Gewinner_innen der Gesellschaft vorenthalten bleibt. Enteignung - plündern und stehlen der Waren und des Geldes, die in in diesen Gesellschaftsordnung das Heiligste sind - ist ein Weg, genau

LITTER DER NACHT : : DOKUMENTATIONEN

diese Verhältnisse anzugreifen. Es geht nicht um Bereicherung oder ein gerechteres System. Es geht um die soziale Revolution.
Scheiß auf die Stadt der Reichen.
Nimm dir was du willst und hol dir dein Leben zurück!

30.04. HH

Autonome 18 Uhr Demo

Es gibt reichlich Bengalos und in der Bernhard-Nocht-Straße brennt ein Bundeswehr-Fahrzeug. Auf dem Weg werden einige Luxuskarossen bearbeitet und ein Bulle muß sich nach einem Tritt erst mal hinlegen.

30.04. HH

Aktivitäten nach der Demo

Am Abend knallt es am Bahnhof Sternschanze. Vermummte bewerfen Cops mit Steinen, Flaschen und Böllern.
Gegen 2 Uhr gab es in der Großen Elbstraße, Ecke Breite Straße, weitere Ausschreitungen (siehe Doku). Um 3 brennen Autos in der Harkorkstraße.

30.04. HH

"Militanter Tanz in den 1. Mai 2016

Wir haben in der Nacht zum 1. Mai mit einer wütenden Meute von mehreren Dutzend Genoss_innen eine flotte Sohle auf das Parkett der Großen Elbstraße in Hamburg gelegt.
Im Aufbegehren gegen die vermeintliche Alternativlosigkeit und Trostlosigkeit des kapitalistischen Alltags nutzten wir die Möglichkeit gezielten Handelns. Trotz Hubschrauber in der Luft und Hundertschaften um die Ecke, haben wir Wohn-, Arbeits- und Vergnügungsstätten der Reichen Hamburgs angegriffen.
Auf der Straße brannten Reifen und qualmten Rauchtöpfe. Die Eingangsbereiche und Fassaden der Bürohäuser Holzhafen und der Holzhafenterrassen, des Millionärshochhauses "Kristall" und des Restaurants "Hummer Petersen" haben wir mit Steinen, Farbe und Buttersäure versorgt, ein Auto einer Eventmarketingfirma wurde entglast.
Die Bewohner_innen des Kristalls haben Minimum eine Mio für ihre Wohnung hingelegt. Die Bürohäuser beherbergen Wirtschaftskanzleien, Reedereien, die Hamburgzentrale des Meinungsmacher-Konzerns von Multimilliardär Burda und die Zentrale des Rüstungsunternehmens Thyssen Krupp Marine Systems. Thyssen Krupp Marine Systems beliefert beispielsweise die ägyptische Flotte mit U-Booten und bemüht sich um einen Großauftrag für Norwegen.
Wir erinnern an den Tod von Diabi, der im Januar wegen des Besitzes von 1,6 g Marihuana festgenommen und am Morgen des 19.2. tot in "seiner" Zelle im Knast Hahnöferssand aufgefunden wurde.
Schluss mit den rassistischen Kontrollen in St.Pauli!
Solidarität mit den Angeklagten im Breite-Straßenverfahren!
G20 Gipfel 2017 in Hamburg angreifen!
In Verbundenheit mit den Revoltierenden auf Frankreichs Straßen!
NUIT DEBOUT EN RAGE"

01.05. HH

Aktivitäten am 1. Mai

Schon mittages gibt es in Barmbek Ärger mit denn Cops als diese versuchen kurdische Linke abzugreifen. Dagegen wird solidarisch vorgegangen.
Weitere Auseinandersetzungen mit den Bullen auf der rev. Mai Demo und im Schanzenviertel folgen am Abend.
„Auf Höhe des U-Bahnhofs Emilienstraße wurde die Demonstration nahezu unvermittelt und unter Einsatz massiver Gewalt von der Polizei aufgelöst. Den Organisatoren wurde keine Möglichkeit zur Deeskalation oder Vermittlung geboten. Neben Pfefferspray und Schlagstöcken wurden auch Wasserwerfer und eine Reiterstaffel gegen die Demonstrantinnen und Demonstranten eingesetzt.
Diese Eskalation ging nicht von uns aus und wir missbilligen die absolut unverhältnismäßigen und brutalen Prügel-Attacken auf unsere Demonstration", erklärt Wehner dazu. „Die Verantwortung für die heutige Auseinandersetzung trägt allein die Hamburger Polizei, die unseren Aufzug ganz offensichtlich nicht bis zum Ende laufen lassen wollte. Sie wollte anscheinend jene Bilder liefern, die es braucht, um die hohen Ausgaben für Reiterstaffeln, Hubschraubereinsätze und Polizei-Hundertschaften zu rechtfertigen", so der Pressesprecher weiter.
Berichte, denen zufolge dem Polizeieinsatz massive Flaschen- und Böllerwürfe vorangingen, weist Wehner als falsch zurück: „Es stimmt nicht, dass die Demonstration aufgrund von Flaschen- und Böllerwürfen aufgelöst werden musste. Flaschen wurden erst nach Beginn der Prügel-Attacken geworfen, und man hätte hier problemlos deeskalieren können!" Die anschließenden Auseinandersetzungen im Schanzenviertel hat die Hamburger Polizei damit selber provoziert."

aus: Pressemitteilung der RLH





30.04. Eine Demo in Hamburg

anti-atom

Überall Terroristen!

Nach den Anschlägen auf den Flughafen von Brüssel und den bei den Attentätern gefundenen Aufzeichnungen über belgische Atomanlagen schlagen auch in Deutschland die sicherheitspolitischen Wellen hoch. Plötzlich ist von der Verwundbarkeit der Reaktoren gegen moderne Hohlmantelgeschosse die Rede und quer durch die Parteienlandschaft sind sich PolitikerInnen einig, dass es neuer Zäune um AKWs und Zwischenlager bedarf. Ohne lange Debatte sind auch die Atomkonzerne bereit, viele Millionen Euro für diese „Anti-Terrormasnahmen" zu investieren.

Schon nach den Anschlägen vom 11. September 2001 wurde eine ähnliche Debatte geführt. Im Ergebniss wurden rund um die AKWs Nebelwerfer installiert, welche im Anflug befindliche Jets verwirren sollten. Abgesehen davon, dass diese Maschinen schlichtweg mit Radar fliegen, und es kein Problem wäre, nach Auslösen der Nebelkerzen ein paar Runden zu fliegen, bis sich der Nebel verzogen hat, waren die damals ergriffenen Maßnahmen vor allem Teil einer diskursiven Nebelwerferei. Im Kern war die Debatte um die Terrorgefahr und deutsche AKWs immer ein Diskurs der inneren Sicherheit und nutzte die Atomanlagen nur als Bühne zur Aufführung möglichst gruseliger Stücke,die dem Publikum kalte Schauer über den Rücken laufen lassen sollten, bis endlich die Kasper des Innenministeriums die islamistischen Monster bändigten – Aufatmen in den Rängen. Damals hatte das Anti-Atom-Büro Hamburg einen klugen Text zur Sache verfasst, der den schönen Titel trug: „Ein Land, das solche Ingenieure hat, braucht keine Selbstmordattentäter". Hintergrund war der Umstand, dass es wenige Monate zuvor im AKW Brunsbüttel zu einer Wasserstoffexplosion gekommen war, die unmittelbar über dem Reaktordrukkbehälter zahlreiche Rohre zum Bersten brachte. Der Reaktor wurde auf Anweisung der Vattenfall-Firmenleitung damals trotz der Beschädigung mehrere Wochen weiter betrieben, bis endlich die Atomaufsicht des Landes Schleswig-Holstein einen Blick in die Anlage werfen konnte. Der Spiegel berichtete damals, die Mitarbeiter des Ministeriums hätten kreidebleich die Anlage verlassen, denn dort hätte es ausgesehen, als wäre eine Handgranate unmittelbar am Druckbehälter gezündet worden.

Und auch 2016 lassen parallel zur Terrordebatte Meldungen aufhorchen die doch sehr an den Unfall in Brunsbüttel erinnern. Mitarbeiter des AKW Biblis und einer externen Firma am AKW Phlippsburg hatten zahlreiche nie gemachte Sicherheitstest abgezeichnet und sich dies gegenseitig bezeugt.
Sicher, es ist beunruhigend, dass im vergangenen Jahr fast alle französischen AKW, von unbekannten Drohnen überflogen wurden und der Chef des belgischen AKW Doel von Islamisten beobachtet wurde. Von allen Gründen, für die sofortige Stillegung der AKW zu streiten, ist das Terrorargument einer der schlechtesten. Tag für Tag werden ohne TerroristInnen, ganz legal, beim Uranabbau Landstriche verseucht und neuer Atommüll in den AKW produziert, von denen kein Mensch weiß, wo diese einmal abgestellt werden sollen. Dass ein Land durch den Betrieb von Atomanlagen „strukurell unverteidigbar" wird, weil es militärischen Gegnern ohne Probleme gelingen kann, AKWs zu zerstören, hatte bereits die Friedensbewegung in den 80er Jahren herausgearbeitet. Seitdem ist viel Kühlwasser den Rhein und die Elbe hinabgeflossen, obwohl es der Roten Armee ein Leichtes gewesen wäre, die zeitweise 21 AKWs der Republik havarieren zu lassen.

Wer den DAESH / IS bemühen muss, um sich der Gefahr durch den Betrieb von AKW bewusst zu werden, ist wirklich auf den Hund gekommen. Die sofortige Stillegung aller Atomanlagen zu fordern, hatte gute Gründe bevor es den islamistischen Terror gab. Und ähnlich wie in den frühen 2000ern bleibt die Debatte darum ein Diskurs der inneren Sicherheit, der die Stilllegung von Atomanlagen nicht beschleunigen wird.

Aktion

Der bereits zum Fukushima-Jahrestag ausgerufene Urantransporte Aktionstag fand schließlich am 5.4. 2016 statt. Die Ansage war ja, den ersten Urantransport über den Hamburger Hafen nach dem 11.3. zu begleiten – ja, wenn es geht, zu stoppen.
Gemessen an dieser Ansage war der Aktionstag ein voller Erfolg. Doch der Reihe nach.
Nachdem im März auf keinem der bekannten Urantransport-Schiffe Uran geladen war, wurde auf der Bright Sky der Reederei MACS das Abladen von Uran beobachtet – der gelbe Alarm wurde ausgelöst. Da bis lang alle Urantransporte den Süd-West-Terminal von C. Steinweg an einem Montag oder Donnerstag verlassen hatten, und dies üblicherweise auch erst am Nachmittag, wurde für Donnerstag, den 5.4., ab 15 zu Mahnwachen am Terminal und auf der Veddel mobilisiert. Offensichtlich wollten Polizei und Terminal-Betreiber diesem Protest aus dem Weg gehen und beförderten den Uranzug schon gegen 13 durch Wilhelmsburg nach Maschen – ein Ablauf, der deutlich anders war als bei allen bislang beobachteten Transporten.
Personen, die sich in Maschen an einer Mahnwache beteiligten, wurden am Nachmittag kontrolliert, da es wohl auf Hamburger Stadtgebiet einen Kabelschachtbrand gab (zu dem es aber leider keine Erklärung gibt). Erst gegen Mitternacht, und damit wieder „planmäßig", verließ der Zug Maschen, musste aber schon nach wenigen Minuten wieder anhalten, da sich Personen in Bucholz von einer Fußgängerbrücke über den Gleisen abgeseilt hatten. Über vier Stunden bewegte sich dann erst einmal nichts mehr außer der Hamburger Höhenrettung die zur „Befreiung" der Kletterinnen angefordert wurde. (https://twitter.com/urantransport) .
Durch diese Aktion kam der Fahrplan der Bahn vollends durcheinander, denn nachdem der Zug weiter fahren konnte, versuchte die Bahn erneut durch Vorverlegen des Transportes weitere Proteste zu verhindern. Sowohl Köln als auch Bonn, Koblenz und Trier, passierte der Zug mehrere Stunden vor dem regulären Fahrplan, an den sich die Bahn in den letzten beiden Jahren gehalten hatte.
Sicher: Der Transport hat letztlich die Uranfabrik in Malvesie erreicht, aber der Fahrplan der Atomtransporteure wurde erheblich durcheinandergewirbelt – was ja auch schon mal ein Anfang ist.

Normalbetrieb

17.4.2016 Philippsburg
Statt von acht gefälschten Sicherheitsprüfungen im Atomkraftwerk Philippsburg ist inzwischen von 23 Fällen die Rede. ... Kraftwerksbetreiber EnBW hatte bei Untersuchungen zunächst festgestellt, dass ein Fremdfirmen-Mitarbeiter eine wiederkehrende Prüfung an einem Störfallmonitor in Block II in Philippsburg zwar doku-

mentiert, aber nicht durchgeführt hatte... Umweltminister Franz Untersteller (Grüne) will den Betrieb des Kraftwerks vorerst nicht weiter erlauben. Quelle Tagesspiegel
16.4.2016 Biblis
Ein für den Strahlenschutz zuständiger Mitarbeiter des Atomkraftwerks Biblis in Hessen hat in den Jahren 2014 und 2015 - nach der Stilllegung des AKW im Jahr 2011 - Sicherheitsprüfungen an Messgeräten vorgetäuscht.
Quelle: Neues Deutschland

17.4.2016 Gorleben
Die Gesellschaft für Nuklearservice (GNS) hat unlängst ihren Jahresbericht veröffentlicht und behauptet, dass von den atomaren Zwischenlagern in Gorleben keine Gefahr ausgeht.
Seit Einlagerung der Castoren wird am Zaun in der Nähe der Castorhalle erhöhte Gammastrahlung und erhöhte Neutronenstrahlung gemessen. Von diesen erhöhten Werten werden die natürlichen Gammastrahlungsanteile abgezogen, um die Strahlendosis zu ermitteln, die vom Zwischenlager ausgeht.
Seit 2011 hat die GNS Probleme nachzuweisen, dass der erlaubte Grenzwert von 0,3 mSv pro Jahr am Zaun eingehalten wird. So erklärte man bereits im Überwachungsbericht 2011 die erhöhte Gammastrahlung am Zaun in der Nähe der Castorhalle als natürliche Strahlung aus dem Schotter der Wegbefestigung, so dass nur noch der Neutronenanteil an der Gesamtdosis gezählt werden sollte. Hiermit erreichte man die Feststellung, dass man unter dem Grenzwert liege.
Im letzten Jahr wurde der Weg am Zaun erneuert und es wurde Granit haltiger Split zum Verfüllen der Rasengittersteine verwendet. Dieser Split wird von der GNS im aktuellen Überwachungsbericht wieder angeführt, um die erhöhte Gamma-Strahlung am Zaun in der Nähe der Castorhalle auf Null herunter zu rechnen.
Quelle BI Lüchow-Dannenberg



Flora Termine Mai / Juni 2016

Do 05.05. 20 Uhr
Breit, Breiter, Breite Straße
Soli-Bar für Betroffenen des Breite-Straße-Prozesses.
DJs: eLLe-D (female Hip Hop), Noche Zombi (Hip Hop)

Fr 06.05. 22 Uhr
Metropolis Release Party
Release-Party der neuen Platte von Neonschwarz.
DJs: Feine Sahne Hitfilet, Kai Kani, Lenki Balboa, MisterMo, Spezial-K (DJ Set), J248 (ill), Helge Misof (ill), Fritz Holzhauer (ill), Paul Omen (Power Tower), Oskar (Power Tower)

Mi 11.05. 21 Uhr
Konzert
Disco//Oslo + Notgemeinschaft Peter Pan

Do 12.05. 20 Uhr
Thirstday
Punktresen. DJ MPunkT Messer.

Fr 13.05. 23 Uhr
Conjure! Keine Knete deshalb Soli
Floor I - Techno by Entropie & Friends: Iza Minelli + Bonnie Ford (Schiffbruch/Rummel), Løve (Horst Blau), Earl Mobileh (Entropie), Mo&Mar (Entropie), Ra.Käthe (RRR/Krach mit Freunden).
Floor II - kupola soundsystem (steppin to breakbeats, dubs and spacebass): psylophon (kupola crew), culp fiction (kktf), psychedelya (hrlknsnd), pmp (hrlknsnd), phineas (tcp/hrlknsnd).
Soli für das unkomerzielle "Keine Knete trotzdem Fete"-Festival Ende Juli in Heimfeld.

Di 17.05. 20 Uhr
Futtern wier bei Muttern - Vokü

Di 17.05. 20 Uhr
Konzert
Oaken + Milanku

Fr 20.05.
Kongress
Feministischer Antifa Kongress (3 Tage)

21 Uhr Konzert
Rogue Steady Orchestra + Kollmarlibre

Sa 21.05. 20.30 Uhr
Soliparty für die Vokü
mit Massenkaraoke
CLOUDYQ (Resource)
KRVX (Ill)
LINDSAY LOWLIFE (Kraniche)
Ambient/Drone Floor
PONY & ZWAAR
BRENZ HOLD (Kraniche)

So 22.05. 17 Uhr
Konzert
Personal Best + Mood Change

Di 24.05. 20 Uhr
Konzert
Loser Youth + Arbeitstitel: Bullenblut + Elende Bande

So 29.05. 18.30 Uhr
Konzert
Joliette + Ittō

Di 07.0. 20 Uhr
vegan de luxe - Vokü

Do 09.06. 20 Uhr
Thirstday
Punktresen. DJ MPunkT Messer

Sa 11.06.
Radical Bookfair Hamburg (Tag 2)
Mit Buchvorstellungen, Workshops, Infotischen usw. Weitere Infos folgen

Di 21.06. 20 Uhr
Futtern wie bei Muttern - Vokü

Do 23.06. 21 Uhr
Konzert
Autonomads + Petrol Girls

Mo 27.06. 20.30 Uhr
Konzert
Turnstile

Floragruppen und regelmässige Termine

Archiv der Sozialen Bewegungen und Fotoarchiv: jeden Montag 15-20 Uhr (Tel. 433007)

motorrad werkstatt: jeden montag schrauben und klönen ab 18 uhr. kommt vorbei!

fahrradselbsthilfe: mit ra(d)t und tat stehen euch die schrauber montags von 18.30-21 uhr zur seite!

offene baugruppe: wir erfinden gerade die flora neu und nehmen umfangreiche umbaumaßnahmen im erdgeschoss in eigenleistung vor – wenn ihr lust habt, euch handwerklich in einem spannenden und herausfordernden politischen umfeld zu engagieren, kommt samstags um 12 uhr vorbei!

sportraum: selbstverwalteter sportraum (1. stock) von neigungsgruppen mit unterschiedlichsten bewegungsangeboten. interessierte können über das plenum kontakt aufnehmen!

bandproberäume: insgesamt vier übungsräume im keller der flora werden in selbstverwaltung von bands gemeinsam genutzt. interessierte können über das plenum kontakt aufnehmen!